Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1909

52 (3.3.1909)

Visual Library

Nr. 52. Karlsruhe, Mittwoch, den 3. März 1909. 29. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12—½1 Uhr. Redaktionsschluß: ½10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag Buchdruckerei Geck u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: A. Weißmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: H. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Ueber die Finanzen der bad. Staatseisenbahnen

brachte die „Straßb. Post" einen längeren Artikel, der gewissermaßen eine Rechtfertigung des Vorgehens der Eisenbahnverwaltung bei der Durchführung des von ihr neuerdings beliebten Sparprinzips sein soll. Es wird da einleitend bemerkt:

„Die Rentabilität der badischen Staatseisenbahnen war im letzten Jahrzehnt schwankend. Sie hat zu Anfang des vorigen Jahrhunderts (!) einen Tiefstand erreicht, von dem sie sich aber bald wieder erholte, um im Jahr 1907 den höchsten überhaupt erzielten Reinertrag mit über 28 Millionen Mark zu bringen."

Die bessere Gestaltung unserer Eisenbahnrente fällt zeitlich zusammen mit der Einführung des Kilometerheftes und der Rückgang in den Einnahmen aus dem Personenverkehr mit der Beseitigung des Kilometerheftes. Das Jahr 1907 brachte uns die preußische Tarifreform. Es ist eine Erscheinung, auf die man nicht nachhaltig genug hinweisen kann, daß unter der Herrschaft des Kilometerheftes die Einnahmen aus dem Personenverkehr auch zu Zeiten der wirtschaftlichen Depression fortgesetzt gestiegen sind. Der rapide Rückgang der Einnahmen aus dem Personenverkehr steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Tarifreform. Es ist einfach nicht wahr, daß dieser Einnahmeausfall—soweit der Personenverkehr in Frage kommt — nur zum Teil der Tarifreform zur Last fällt, er ist ausschließlich die Folge dieser „Reform". Würde man nach dem Beispiel Württembergs dazu übergehen, an Stelle der 3b-Klasse die 4. Klasse einzuführen, so würden unsere Eisenbahnfinanzen nur noch mehr verschlechtert. Unser ganzer Eisenbahnverkehr krankt an der Kompliziertheit des Betriebs. Es ist, wie wir schon oft hervorgehoben haben, ein Unsinn, vier Klassen zu führen, zwei Klassen würden dem tatsächlichen Bedürfnis vollauf genügen. Die Verwaltungs- und Betriebskosten würden dadurch schon erheblich reduziert, ganz abgesehen davon, daß eine viel bessere Ausnützung der Plätze erfolgen würde. Dann müßte der Nahverkehr vom Fernverkehr getrennt werden. Sowohl der Nah- als der Fernverkehr würden dadurch nur gewinnen. Diese Reformen, deren Durchführung bei einigem guten Willen leicht möglich wäre, werden seit Jahrzehnten propagiert. Allein unsere Eisenbahnbureaukraten machen konstant das Gegenteil. Das Kilometerheft hat die Feindschaft aller Eisenbahnbureaukraten hervorgerufen, weil es ihre überlebte Fachweisheit ad absurdum geführt hat. Man weiß ja, wie die Bureaukraten an ihren Zöpfen hängen und daß sie glauben, die Welt geht aus den Angeln, wenn einmal ein solcher Zopf abgeschnitten wird. Am schlimmsten ist es in dieser Beziehung bei den Eisenbahnbureaukraten bestellt. Diese Herren zahlen selbst kein Fahrgeld; sie fahren jahraus jahrein auf Staatskosten und haben schon deshalb sehr wenig Verständnis für die volkswirtschaftliche und finanzielle Bedeutung der Tariffragen. Wer sind denn die schärfsten Gegner unserer Eisenbahnbureaukratie? Doch gerade die Leute, die unsere Eisenbahnen am meisten frequentieren und infolgedessen die größten praktischen Erfahrungen haben.

Einen klassischen Beweis für die Unbegreiflichkeiten unserer Eisenbahnbureaukratie liefern die neuesten Sparsamkeitsmanipulationen in Baden. Erst wirft man Millionen durch die Tarifreform zum Fenster hinaus und dann beseitigt man frequentierte Züge, um zu sparen. Wo aber in Wirklichkeit gespart werden könnte, daran denkt man nicht, nämlich bei der Organisation der Verwaltung und des Betriebs. Auf die letztere Seite haben wir bereits verwiesen. Was die Organisation der Verwaltung betrifft, so genügt es beispielsweise, darauf hinzuweisen, daß die badische Generaldirektion aus dem Generaldirektor und 32 Räten besteht, von welchen fast jeder noch eine größere Anzahl Hilfsarbeiter hat. Die elsässische Generaldirektion, der ein fast gleich großes Eisenbahnnetz unterstellt ist, hat nur 19 Kollegialmitglieder. Das viel größere sächsische Eisenbahnnetz ist einer Generaldirektion von 12 juristisch und 13 technisch gebildeten Kollegialmitgliedern unterstellt. In Baden könnte also die Zahl der Kollegialmitglieder in der Generaldirektion erheblich vermindert werden, zumal wenn man der Initiative der Bezirksstellen einen etwas freieren Spielraum gestatten würde. Die heutige Art der Erledigung der Geschäfte ist eine viel zu umständliche und zu kostspielige. Neuerdings hat man auch noch neue Stellen im Eisenbahnministerium geschaffen, die nicht nur viel Geld kosten, sondern auch die Erledigung der Geschäfte ungünstig beeinflussen. Ein kleines Heer von Schreibern muß beschäftigt werden, um den schriftlichen Verkehr zwischen der Generaldirektion und dem Eisenbahnministerium zu erledigen. Wäre es nicht möglich, diese komplizierte Art der Verwaltung dadurch wesentlich zu vereinfachen, daß man diese beiden Behörden verschmilzt und ein Verkehrsministerium bildet, dem zugleich die jetzige Wasser- und Straßenbaudirektion angegliedert würde? Die Geschäfte des auswärtigen Ministeriums könnten gewiß ohne Schwierigkeiten einem anderen Ministerium überwiesen werden. Ueberhaupt ließe sich der Verkehr der Staatsstellen unter sich sehr erheblich vereinfachen. Zu was hat man denn heute das Telephon? Durch die Vereinfachung des schriftlichen Verkehrs würde sich Zeit für den mündlichen Verkehr unter den Behörden gewinnen lassen. Manche Betriebsinspektion könnte ohne Gefahr für den Betrieb aufgehoben werden; desgleichen manche sehr überflüssige doppelte Bureauvorsteherstelle.

Ferner sollte auf pünktliche Einhaltung der Bureaustunden gesehen werden. Das gilt ganz besonders für die Generaldirektion, wo nicht wenige Beamte ihre Bureauzeit ganz nach Belieben einrichten. Die unteren Beamten erscheinen zwar pünktlich um 8 Uhr in der Frühe und um 2 Uhr nachmittags. Man kann aber Tag für Tag beobachten, wie gewisse Herren Bureauvorsteher, Rechnungs- und Oberrechnungsräte um 9 und ¼4 Uhr, manchmal noch später, gemächlich aufs Bureau kommen. In der Generaldirektion sind viel zu viel Beamte beschäftigt. Fast jedes Jahr müssen neue Bureauräume geschaffen werden. Man prüfe hier einmal gründlich, ob nicht ganz erhebliche Ersparnisse am Personalaufwand gemacht werden können. Dann suche man einen tüchtigen Eisenbahnminister zu bekommen, einen Mann, mit dem seine Räte nicht mehr Katz und Maus spielen können. Der jetzige Zustand ist ja zum Heulen, das pfeifen die Spatzen von allen Dächern. Und vor allem: **man kündige die Tarifreform** und wenn man nichts besseres zu schaffen weiß, greife man wieder zu unserm Kilometerheft zurück. Dann wird die Misere unserer Eisenbahnfinanzen bald behoben sein. Der jetzige Zustand ist unhaltbar.

Politische Uebersicht.

Des Bergarbeiters Protest.

Die am Sonntag, den 28. Februar, tagenden 65 Bergarbeiterversammlungen gestalteten sich zu wirkungsvollen Massenkundgebungen. Ueberall wurden die vorgeschlagenen Resolutionen gegen die Kohlensteuer und gegen die Berggesetznovelle einstimmig angenommen.

In der Bochumer Versammlung referierte Landtagsabgeordneter Leinert vor 5000 Personen. Auch in Dortmund und Essen zählten die Erschienenen nach vielen Tausenden. Auch in kleineren Orten waren die Versammlungen überfüllt. In Herten i. W. waren über 1500, in Lugau über 1200 Personen anwesend. Ebensoviel hatten sich in Herne eingefunden. Von über 1000 Personen war auch die Versammlung in Lütgendortmund besucht, während die Versammlungen in Recklinghausen und Eichlinghausen je 700 Besucher aufwiesen. In kleineren Orten wie Bruckhausen, Brechten, Hombruch, Kruckel 2c. waren 500 bis 600 Arbeiter erschienen. Auf das Ruhrrevier insgesamt entfielen 34 Versammlungen. Von 30 Versammlungen liegen Angaben über die Besucherzahl vor und dieselbe betrug 25 980 Personen. Oft stimmten auch die christlichen Gewerkvereinsmitglieder für die Resolutionen des Verbandes. In Linden a. Ruhr verurteilte der christliche Vertrauensmann das Verhalten von Brust und Imbusch im preußischen Landtage auf das entschiedenste. — Aus Sachsen kommt gleichfalls die Nachricht, daß die einberufenen Versammlungen sehr gut besucht waren. In Hohndorf und Lugau waren 1200 Personen anwesend, und auch die beiden Versammlungen im Zwickauer Revier waren von über 2000 Personen besucht. Die Bornaer Versammlung war von 300 Bergarbeitern besucht. Auch aus dem Senftenberger Braunkohlenrevier kommt die Nachricht, daß in Senftenberg und Klettwitz in gut besuchten Versammlungen die Resolutionen einstimmig angenommen wurden. Im kleineren Braunschweig, hannoverschen Revier waren die Versammlungen gleichfalls sehr gut besucht und wurden die Resolutionen überall einstimmig angenommen.

Aus Schlesien wird berichtet, daß im Anschluß an die Versammlungen im Niederschlesischen Kohlenbezirk große Straßendemonstrationen stattfanden. In Waldenburg demonstrierten 4000, in Gottesberg 2000 Bergarbeiter. Es kamen zahlreiche Verhaftungen vor. In Waldenburg griff die Gendarmerie in die Menge ein; ein Mann wurde niedergeritten und erlitt Verletzungen durch die Hufe der Pferde. Schließlich wurde auch die Feuerwehr gegen die Demonstranten mobil gemacht, die durch gewaltige Wasserstrahlen die Menge am Passieren verschiedener Straßen hinderte. Große Heiterkeit verursachte es, als ein Gendarm vom Wasserstrahl getroffen wurde, der allzu geschäftig um die Ecke geritten kam.

Die Demonstranten zogen unter Absingen der Marsellaise und anderer revolutionärer Lieder nach Altwasser, Bad Salzbrunn und von Gottesberg nach Fellhammer, wo große Versammlungen stattfanden. Außerdem waren noch Versammlungen in Kunzendorf und Falkenberg im Kreise Neurode.

Aber auch die „Gelben" waren tätig. So wird aus Bochum berichtet, der „Gelbe Verband technischer Grubenbeamtenvereine" erklärte sich in einer am Sonntag in Bochum abgehaltenen Konferenz der Vereinsvorstände prinzipiell gegen die Arbeiter-Grubenkontrolleure. Diese Einrichtung würde nur die Unfallgefahren vermehren und der Sozialdemokratie dienen.

Neueste Nachrichten.

Der „fall Tremel".

München, 2. März. Der jungliberale Pfarrer Tremel von Volsbach, der dem Verbot des Erzbischofs von Bamberg zuwider im jungliberalen Verein in Bayreuth einen Vortrag über Staatsbürgertum und Ultramontanismus gehalten hatte, ist vom geistlichen Inquisitionsgericht nach Bamberg zur Verantwortung gezogen worden. Dort wurde ihm erklärt, er dürfe als katholischer Pfarrer keine uneingeschränkte Lehr- und Lernfreiheit, keine ungestörte Entwicklung der Kunst und keine religiöse Toleranz anerkennen, wie dies die Liberalen fordern. Pfarrer Tremel erklärte darauf, eine Berufung zum bischöflichen Ordinariat in Würzburg zu machen. Tremel versprach schließlich dem geistlichen Gericht, aus dem jungliberalen Verein Bayreuth auszutreten, verweigerte aber das Versprechen, auf keiner liberalen Versammlung mehr erscheinen zu wollen. Der Inquisitor hat schließlich dem Pfarrer eröffnet, daß seine Disziplinierung durch das geistliche Gericht durch den landesherrlichen Schutz gar nicht aufgehalten werden könne. Der weiteren Entwickelung der Sache wird mit großer Spannung entgegen gesehen.

Das bulgarisch-türkische Abkommen.

Petersburg, 2. März. Das russisch-türkisch-bulgarische Finanz-Abkommen ist zu Stande gekommen. Darnach erlischt die türkische Kriegsschuld an Rußland in Höhe von 125 Millionen Franks, wogegen Bulgarien sich verpflichtet, Rußland 82 Millionen zu zahlen. Den Rest der Kriegsschuld in Höhe von 449 Millionen erhält Rußland durch ein französisches Bank-Institut bar ausbezahlt. Die Höhe der Verzinsung ist noch nicht bekannt. Der morgen hier eintreffende türkische Minister des Aeußern, Rifaat Pascha wird das Abkommen unterzeichnen.

Die Lage in Persien.

Dschulfa, 2. März. Aus Urmia wird gemeldet: Etwa 18 Kilometer von Chor überfielen revolutionäre Krieger Makuserdas, wurden aber geschlagen und verloren 50 Mann. Der Befehlshaber der Truppen Serdars steht mit 500 Mann in Airibudschach. Die Revolutionäre sind in Shoi gut befestigt und verfügen über viele Geschütze alten Systems und über drei Geschütze neuen Systems. Die türkischen Soldaten haben den Salmabezirk verlassen. In dem Bezirke herrscht vollständige Anarchie. Im Enseli-bezirke stehen die Türken nur in zwei Dörfern. Wie ihr Kommandeur versichert, sind sie nicht berechtigt, andere Dörfer zu besetzen. Sie haben die Order aus Konstantinopel, allen ihnen sich anschließenden persischen Untertanen Schutz zu gewähren.

(Weitere Telegramme siehe Seite 6.)

Deutsche Politik.

Die Reaktion in Hessen. In Mühlheim am Main, einem Arbeiterorte von 6000 Einwohnern, sitzen 12 Genossen im Gemeinderate. Vor Jahren schon wurde der Sozialdemokrat Peter Zahn zweimal von der Gemeinde zum Bürgermeister-Beigeordneten gewählt, von der Regierung aber ebenso oft nicht bestätigt. Diese ernannte vielmehr einen Beigeordneten in der Person des Zentrumsmannes Schulp. Der so geschaffene Konflikt wurde akut, als im Sommer vorigen Jahres der Bürgermeister in die Ferien ging. Der ernannte Beigeordnete rief den Gemeinderat für den 21. August 1908 zu einer Sitzung. Von den 12 Genossen blieben 11 der Sitzung ohne Angabe von Gründen fern; einer war krank; eine Tagung war unmöglich. Um die Verwaltungskarre nicht im Drecke sitzen zu lassen, kürzte der Bürgermeister seinen Urlaub ab und übernahm die Geschäfte selbst wieder. So weit, so gut.

Am 23. September 1908 verhängte der Kreisausschuß in Offenbach in nichtöffentlicher Sitzung über die elf „Renitenten" eine „Ordnungsstrafe" von je 50 Mk., ohne die Bestraften auch nur zu hören; denn der Grundsatz, Beschuldigte selbst zu hören, braucht in der hessischen Verwaltungsrechtsprechung nicht befolgt zu werden. Gegen die Entscheidung des Kreisamtes wurde Rekurs an den Provinzialausschuß der Provinz Starkenburg verfolgt. Nachdem die Sache über Gebühr verschleppt, kam sie am Samstag zur Verhandlung.

Rechtsanwalt Dr. Fulda als Vertreter der Bestraften bestritt, daß die fragliche Einladung ordnungsmäßig erfolgt sei, weil sie nicht vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter unterschrieben war. Es sei eine Beschränkung der Selbstverwaltung, die geradezu das freie Wahlrecht illusorisch mache, wenn die Regierung über den Willen der großen Mehrheit der Mitglieder einen Beigeordneten ernenne. Wolle man eine Uebertretung als begangen annehmen, stehe das Strafmaß dazu in gar keinem Verhältnis, denn die bestraften Gemeinderäte hätten als solche stets ihre Pflicht getan. Man dürfe weiter nicht die Verhältnisse in Mühlheim außer Acht lassen; fraglich sei, ob außer Herrn Schilp in Mühlheim noch jemand gefunden worden wäre, der sich zum Beigeordneten hätte ernennen lassen.

Der ernannte Beigeordnete Schulp erklärte, er hätte das Amt nur deshalb angenommen, weil ihm von der Regierung gesagt worden sei, er brauche keine Sitzung zu besuchen. Nur des lieben Friedens willen habe er das Amt angenommen.

Das Urteil lautete auf Verwerfung des Rekurses unter Verurteilung der Rekurenten in die Kosten des Verfahrens, sowie Verhängung eines Aversionalbetrages an die Provinzialkasse im Betrage von 55 Mk. (jeder 5 Mk.) unter solidarischer Haftung. Damit ist die Angelegenheit vorläufig abgeschlossen.

Das Reich „spart". Bei der Oberpostdirektion Düsseldorf ist 160 Postunterbeamten zum 1. April gekündigt worden; davon in Düsseldorf 58, in Essen zirka 50 usw. Es handelt sich um sogenannte Aushelfer, die die Briefträger in dem freien halben Tag, den sie in der Woche haben, vertreten. Die freien halben Tage werden dementsprechend eingeschränkt oder ganz abgeschafft. Auch die mittleren Beamtenstellen werden vermindert.

Ausland.

Portugal.

Parlamentseröffnung. Dar Parlament wurde am Montag feierlich eröffnet. Der König verlas eine Thronrede, in der er die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern, besonders zu Deutschland, hervorhob. Die Thronrede kündigt sodann eine Reform des Unterrichts an und verspricht ein neues liberales Preßgesetz sowie die Schaffung von Landarbeitskolonien für minderjährige Sträflinge. Das Budget werde Vorschläge enthalten zur Minderung des Defizits und zur Konversion der schwebenden Schuld.

Badische Politik.

Nur nicht auftrumpfen.

Der „Bad. Beobachter" appelliert an unsere Ehrlichkeit. Er zitiert eine Stelle aus einer Rede des Herrn Abgeordneten Zehnter, die er auf dem letzten Landtag gehalten hat und in welcher Herr Zehnter seine bei einer frühern Gelegenheit gemachten Aeußerung, die Existenz eines persönlichen Gottes könne ebensowenig bewiesen als widerlegt werden, näher präzisierte. Herr Zehnter erklärte in einer Polemik gegen den Abg. Muser:

„Er (Muser) ist auf einen zweiten Punkt meiner Rede gegen den Abg. Lehmann (vom vorigen oder vorvorigen Samstag) zurückgekommen, worin ich etwa gesagt habe, der von dem Herrn Abg. Lehmann vertretene ewige Urnebel sei ebenso wenig beweisbar, wie der persönliche, außerweltliche Gott. Nun hat der Abg. Muser geglaubt, mich auch in diesem Punkte in Widerspruch mit der kirchlichen Anschauung setzen zu können und hat von einem kosmologischen und ontologischen Beweis usw. gesprochen. Der Herr Abg. Muser übersieht nur, daß ich damals von empirischen Beweisen in gewöhnlichem Sinne gesprochen habe, d. h. von Beweisen mittels Augenschein, mit denen man gewöhnlich bei uns Dinge beweist.

Im übrigen ist mir keineswegs unbekannt, daß es eine natürliche Theologie und philosophische Beweise für das Dasein Gottes gibt, Beweise, die man schon bei Aristoteles findet und die in der scholastischen Philosophie insbesondere durch Anselm von Canterbury ausgebildet worden sind.

Ich muß also bestreiten, daß ich, wenn ich von empirischen Beweisen gesprochen habe, damit etwas vorgetragen hätte, was in Widerspruch mit der kirchlichen Lehre steht.

Diese Rede des Herrn Zehnter war uns, als wir den polemischen Artikel gegen den „Bad. Beobachter" schrieben, nicht in Erinnerung. Herr Zehnter hält also den theologischen und philosophischen Beweis für die Existenz als erbracht. Solche Beweise sind aber wieder nur Glaubenssache, denn weder die Philosophie noch die Theologie können die Existenz eines persönlichen Gottes beweisen. Und darum allein hat es sich bei unserer Auseinandersetzung mit dem „Bad. Beobachter" gehandelt. Die Theologie hat seinerzeit „bewiesen", daß die Sonne sich um die Erde drehe, bis Kopernikus kam und das Gegenteil bewies. So geht es mit den „Beweisen" der Theologie und der Philosophie. Auf keinen Fall stehen die „Beweise" dieser beiden Wissenschaften auf einer sichereren Basis als die Hypothesen der Naturwissenschaft. Welche Meinung Herr Zehnter darüber hat, ist an sich völlig nebensächlich.

Der „Bad. Beobachter" operiert in seinem Artikel zum xten Male mit der sogenannten Kautskymoral. Wir verbitten uns ernstlich diesen Einwurf, denn wir kennen keine Kautskymoral. Wenn Kautsky wirklich behauptet haben soll, daß man dem Gegner gegenüber nicht die Pflicht der Wahrhaftigkeit habe, so akzeptieren wir eine solche Auffassung nicht. Was würde der „Bad. Beobachter" antworten, wenn wir ihm jedesmal, wenn er gegen uns polemisiert, den Vorwurf machen würden, er handle nach dem Rezept der Ligorimoral? —

Schwere Bedenken

werden in einem dem „Bad. Beobachter" zugegangenen Artikel gegen den Antrag Herold-Gamp in Sachen der Reichsfinanzreform geltend gemacht. Diese Bedenken sind folgende:

1. Er ist ein eklatanter Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. 2. Es ist ein sonderbares Verfahren, nachdem man in der Kommission des Reichstags seit Wochen um die Besteuerung des Besitzes gekämpft hat, nun die Lösung in die 25 Einzelparlamente abzuschieben, wo die Interessengegensätze viel dichter beisammenstehen und die Gesichtspunkte kleiner sind. 3. Ein unnatürlicher Zustand wäre es, wenn der Reichstag zwar die Ausgaben beschließen, die Deckung aber den Einzellandtagen in die Schuhe schieben würde. 4. Die 150 Millionen Matrikularbeiträge würden Baden mit 4 Millionen mehr belasten, was einer Erhöhung der Vermögenssteuer um 38 Prozent oder einer Erhöhung der Einkommensteuer von 26 Prozent gleichkäme. Müßten die Vermögen bis 20 000 Mk. freigelassen werden, so würde sich die Belastung der größeren noch höher gestalten.

Und was hat der „Bad. Beobachter" dazu zu bemerken? Nichts als daß daraus hervorgehe, wie gewissenhaft beim Zentrum solche Fragen geprüft werden. Wenn wir boshaft sein wollten, würden wir sagen: echte Liugori-Moral. Dasselbe Zentrum, welches im Reichstag die Besteuerung des Besitzes durch die Nachlaß-, Reichseinkommens- und Vermögenssteuer „grundsätzlich" ablehnt und den Besitz auf dem Wege der Besteuerung durch die Einzellandtage angeblich treffen will, hat sich im badischen Landtag mit Händen und Füßen gegen die Erhöhung des Vermögenssteuersatzes um 1 Pfg., um dadurch die ungerechte, ein notwendiges Lebensmittel verteuernde Fleischakzise zu beseitigen, gewehrt. Die Hinterlistigkeit der Zentrumspolitik ist wohl nie so drastisch in die Erscheinung getreten, als beim Kampf um die jetzige Reichsfinanzreform.

Eigene Kandidaturen

wollen die Nationalliberalen den Demokraten in Mannheim III und in Bruchsal entgegenstellen. In Mannheim III war zuletzt der Demokrat Vogel gewählt. — In Mannheim V (Lindenhof-Neckarau) beabsichtigt man liberalerseits, wie wir erfahren, einen „gelben" Arbeiter aufzustellen, der unter christlich-sozialer Flagge segeln soll. Der Bezirk fiel am 19. Oktober 1905 im ersten Gang unserm Parteigenossen Süßkind zu, der 2284 Stimmen erhielt gegen 766 Zentrums- und 653 nationalliberale Stimmen.

Der liberale Verein Heidelberg

hatte nach Bekanntwerden der Parole der nationalliberalen Parteileitung des Reichstagswahlkreises Bingen-Alzey zu Gunsten des Zentrumskandidaten eine Vorstandssitzung einberufen, die einstimmig folgende Resolution faßte:

„Der jungliberale Verein Heidelberg mißbilligt die mit liberalen Grundsätzen unvereinbare Haltung der nationalliberalen Parteileitung im Wahlkreise Bingen-Alzey auf das entschiedenste und erwartet vom Zentralvorstand der nationalliberalen Partei, daß er die erforderlichen Maßnahmen treffe, damit ähnliche Disziplinlosigkeiten innerhalb der Partei sich in Zukunft nicht wiederholen."

Solche Proteste sind billig wie Lorbeeren. Bekanntlich hat Herr Bassermann, der Chef der nationalliberalen Partei, kurz vor den letzten Reichstagswahlen selbst ein Zusammengehen zwischen Zentrum und Nationalliberalen für das rheinisch-westfälische Industriegebiet herbeiführen wollen. Und auch in Baden werden wir noch ähnliches erleben. Eine Partei, die so wie die nationalliberale innerlich von der Reaktion zerfressen ist, hat keinen moralischen Halt mehr.

Im 39. Landtagswahlbezirk

(Karlsruhe-Ettlingen) hat das Zentrum wieder den bisherigen Abg. Belzer aufgestellt. Die sozialdem. Partei hat die Kandidatur für diesen Bezirk dem Sekretär des Südd. Eisenbahnerverbandes, Genossen Aug. Schwall, übertragen. Trotzdem zwei für die Sozialdemokratie gute Orte (Beiertheim und Grünwinkel) dem Bezirk durch Eingemeindung nach Karlsruhe verloren gingen, sind die Aussichten für unsere Partei günstige. Herr Belzer hat durch seine parlamentarische Tätigkeit seine Chancen nicht verbessert. In seiner eigenen Heimatgemeinde wird er nicht mehr so gut abschneiden, wie vor vier Jahren.

Eine Eisenbahnerversammlung

fand am Sonntag in Karlsruhe statt. Es wurde folgende Resolution beschlossen:

Die im Apollosaale in Karlsruhe tagende stark besuchte öffentliche Eisenbahner-Versammlung des Badischen Eisenbahner-Verbandes befaßte sich u. a. auch mit der durch die gegenwärtige Krisis besonders akut gewordenen Frage der Arbeitslosigkeit. Sie bedauert, daß nun auch die

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

52 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Und was macht den Baron, abgesehen von seiner erlauchten Abstammung, zu einer so merkwürdigen Persönlichkeit? fragte Oswald.

Die Baronin kam durch diese Frage einigermaßen in Verlegenheit. Das, was in ihren Augen vor allem merkwürdig am Baron erschien, nämlich seine souveräne Verachtung gegen Rang und Stand, sein sarkastisches, höhnisches Wesen seinen Standesgenossen gegenüber, deren Verehrung vor seinem altehrwürdigen Adel dadurch manchmal auf eine harte Probe gestellt wurde — dieser merkwürdige, ja in ihren Augen geradezu unnatürliche Zug eignete sich nicht zum Gegenstand der Unterhaltung mit einem Bürgerlichen. Sie begnügte sich also mit der vieldeutigen Antwort:

Der Baron hat über die meisten Dinge die sonderbarsten Ansichten von der Welt, so daß man manchmal wirklich für seinen Verstand bange wird.

In diesem Augenblicke kam ein Reiter im Galopp aus einem Seitenwege heraus und parierte sein Pferd vor dem vorbeifahrenden Wagen. Es war ein junger Mann mit hübschem, braunem Gesicht, dem ein blonder Schnurrbart sehr gut stand.

Ah, gnädige Frau, Herr Baron — freue mich unendlich, rief er, den Hut ziehend und an den Wagenschlag heranreitend — habe in einer Ewigkeit nicht das Vergnügen gehabt —

Das kommt daher, mon cher, sagte die Baronin mit holdestem Lächeln, weil Sie sich seit einer Ewigkeit nicht bei uns auf Grenwitz sehen ließen.

Ah, sehr gütig, gnä—ge Fra', sehr gütig; gnä—ge Fra' hatten noch nicht die Gnade, mich mit dem Herrn bekannt zu machen — Baron Felix, nicht wahr? fuhr der Dandy fort, den Hut gegen Oswald lüftend.

Herr Doktor Stein, sagte die Baronin, der Erzieher meines Sohnes — Herr von Cloten —

Ah, ah, in der Tat, sagte Herr von Cloten, freue mich außerordentlich — ja, ja, was ich sagen wollte, gnä—ge Fra', wohin geht es, wenn man fragen darf?

Nach Barnewitz —

Ah, wollte ebenfalls dorthin — ruhig, Robin, ruhig!

Aber Herr von Cloten, es ist große Gesellschaft, sagte die Baronin, auf des Junkers Stulpenstiefel und Jagdrock anspielend.

Unmöglich, gnä—ge Fra; Barnewitz sagte mir gestern, als ich ihn zufällig traf, ich möchte zu einer Partie Boston hinüberkommen, aber von einer Gesellschaft hat er mir kein Wort gesagt.

Es ist ein Scherz von Barnewitz; verlassen Sie sich darauf.

Ah, ja, sehr wahrscheinlich; Barnewitz hat immer so tolle Einfälle; ruhig, Robin! — Teufelskerl, der Barnewitz — sich schon gefreut, mich in Stulpenstiefeln in Salon treten zu sehen — Freude verderben — Beschwöre Sie, gnä—ge Fra', meine Herren, erzählen Sie niemand, daß Sie mich gesehen haben. In einer Viertelstunde in Barnewitz.

Damit warf der junge Mann sein Pferd herum und sprengte in voller Karriere in der Richtung fort, aus der er gekommen war.

Bald fuhr der Wagen über einen etwas holperigen Steindamm, der quer über den Gutshof von Barnewitz bis zu dem kiesbestreuten Platze vor dem Herrenhause führte.

Ein Diener trat an den Wagen, den Schlag herunterzulassen; in der Tür erschien die Gestalt eines breitschulterigen, bärtigen Mannes, der schön zu nennen gewesen wäre, wenn nicht Wohlleben und Indolenz die Harmonie der regelmäßigen Züge wesentlich beeinträchtigt hätte. Es war Melittas Vetter, Herr von Barnewitz.

Sie sind die Allerersten, wie Sie sehen, sagte er, die Gäste in einen dreifensterigen Saal rechts vom Flur führend, wo sie von Frau v. Barnewitz, einer hübschen Blondine begrüßt wurden.

Sie wissen, daß ich die Pünktlichkeit über alles liebe, erwiderte die Baronin, den ihr angebotenen Platz auf dem Sopha einnehmend.

Vortreffliche Eigenschaft das, antwortet von Barnewitz, ganz mein Grundsatz — stets gewesen — im Leben und auf der Jagd die Hauptsache — Schnepfe aufgestoßen — Baff — liegt — pünktlich — Hahaha.

Wie ist es? sagte die Baronin zur Frau von Barnewitz gewendet, werden wir heute eine zahlreiche Gesellschaft haben?

Nun vierzig bis fünfzig höchstens.

Das heißt, so ziemlich unser ganzer Zirkel.

So ziemlich, ja.

Und wir sprachen schon unterwegs darüber — wird Ihre liebe Kusine auch erscheinen?

Da müssen Sie meinen Mann fragen, der die Einladungen besorgt hat.

Hahaha, lachte Herr von Barnewitz. Köstlicher Spaß, meine Herrschaften, muß Ihnen erzählen, bevor die andern kommen. Sie wissen, daß wir mit Melitta durch Italien reisten, und daß sich uns dort der Baron Oldenburg anschloß. Wir lebten sehr vergnügt zusammen — denn Oldenburg kann sehr liebenswürdig sein, wenn er will. Auf einmal war das gute Einvernehmen zum Teufel — entschuldigen gnädige Frau — der eine ging hier hin, der andere dort hin. Melitta und Oldenburg sagten sich nur noch Malicen, und eines schönen Morgens war Oldenburg fort — verschwunden — Billet zurückgelassen: er fände die Luft in Sizilien zu drückend als angehend Schwindsüchtiger, und wollte einen kleinen Abstecher nach Aegypten machen. Seit der Zeit sind drei Jahre verflossen; jetzt ist Oldenburg wieder hier; ist aber nur bei mir gewesen, um mir, wie er sagte, oder meiner Frau, wie ich sage —

Aber Karl —

Nun, liebe Hortense, unter Freunden muß ein Scherz erlaubt sein; also um uns Beiden seine Aufwartung zu machen. Als ich ihn neulich vorläufig einlade, sagte er: ja, wenn deine Kusine nicht kommt; als ich vor ein paar Tagen Melitta begegne und sie frage, antwortet sie: ja, wenn dein Freund Oldenburg nicht kommt. Natürlich versicherte ich Beiden, daß sie ganz ruhig sein könnten, sie würden dem Gegenstande ihrer Abneigung nicht begegnen. Um die Sache noch glaubhafter zu machen, schicke ich zwei Kerls aus mit verschiedenen Listen, auf deren einer Melitta und der anderen Oldenburg stand. Und nun kommen sie alle Beide, — ist das nicht ein Hauptspaß? — Entschuldigen, Sie, meine Herrschaften, ich höre soeben einen Wagen vorfahren.

(Fortsetzung folgt.)

Eisenbahnarbeiter von diesem Elend betroffen werden. Es wird dies um so mehr bedauert, als die in Betracht kommenden Arbeiter in den Zeiten der Hochkonjunktur nur deshalb in den Eisenbahndienst getreten sind, um eine, wenn auch weniger gut bezahlte, so doch dauernde, ständige Beschäftigung zu finden und nun in dieser Erwartung bitter enttäuscht wurden. Die Versammlung bedauert, daß in der jetzigen Zeit, wo die Kommunen überall Notstandsarbeiten verrichten lassen, von dem Staat in entgegengesetzter Weise verfahren wird, und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, dadurch also noch das Elend der Arbeitslosigkeit vermehrt wird, wo doch in erster Linie der Staat die moralische Verpflichtung haben sollte, hier vorbeugend zu wirken. Die Versammlung richtet deshalb an die großh. Eisenbahnverwaltung das dringende Ersuchen, Mittel und Wege zu ergreifen, daß Eisenbahnarbeiter von dem Elend der Arbeitslosigkeit verschont bleiben, sei es, daß besondere Arbeiten in Angriff genommen werden, oder daß die Eisenbahnverwaltung sämtlichen Unternehmern von Eisenbahnbauten und dergleichen, die Auflage macht, in erster Linie nur solche Arbeiter einzustellen, die beim Eisenbahndienst wegen Arbeitsmangel entlassen werden mußten."

Aus dem 13. Landtagswahlbezirk (Schopfheim-Schönau) schreibt man uns: Wie ziemlich bestimmt verlautet, beabsichtigen die Demokraten, welche bei der letzten Reichstags- und Landtagswahl immer rückhaltlos für die Liberalen eingetreten sind, diesmal durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten sich selbständig an der Wahl zu beteiligen. Als Kandidat wird Dr. Knoderer-Lörrach, der früher in Schopfheim praktizierte, und seinerzeit wegen seiner politischen Tätigkeit viel angefeindet wurde, genannt. Damit würde die Situation für die Nationalliberalen ungünstiger als je. Seit neunzig Jahren ist der Bezirk liberaler Besitzstand, hieß es bei der letzten Nachwahl. Da auf einmal stellte es sich heraus, daß ohne die sich rasch entwickelnde Sozialdemokratie das Mandat nicht mehr zu holen ist. Nun kommen gar noch die Demokraten, deren zahlenmäßige Stärke niemand kennt, da diese noch bei keiner Wahl selbständig aufgetreten sind. Sollten die Nationalliberalen auch nur wenige hundert Stimmen an die Demokraten verlieren, dann werden sie nicht einmal mehr an erster Stelle rangieren. Die Nationalliberalen sind noch nicht einig; die Jungliberalen wollen den bisherigen Abgeordneten Ries, die „Alten" den Bürgermeister Leonhardt von Weitenau aufstellen. Das Zentrum arbeitet auf seine bekannte Art und Weise eifrig für seine Sache, die Kandidatur der Bauernbündler ist mit Notar Brand-Singen besetzt. Der Tanz hat bereits begonnen. Auf den Ausgang darf man gespannt sein.

Berliner Streikbrecher in der Schweiz.

In der Möbelfabrik von Aschbacher in Zürich ist bekanntlich Streik und von der deutschen Reichshauptstadt sind schon mehrere Streikbrecher-Transporte abgegangen. Der erste ging über Nürnberg; auf dem dortigen Bahnhof kam es zu großen Tumulten, weil ein Teil der Arbeiter den Zug verlassen wollten, was der Streikbrecheragent zu verhindern suchte. Ein zweiter Transport ist mittlerweile vom Potsdamer Bahnhof über Frankfurt abgegangen. Die Angeworbenen werden wie Sträflinge gehalten. Die Fenster mußten geschlossen bleiben und wer Miene machte, zu entfliehen, dem wurde mit dem Revolver und mit dem Ochsenziehmer gedroht. Dieser Transport wurde vom Sekretär Oberländer vom gelben Holzarbeiterverband mit noch einem anderen Agenten geführt. Trotz der strengen Bewachung gelang es unterwegs und auch noch in Zürich einer Anzahl von Arbeitern, die sich mittlerweile über die Rolle klar geworden waren, die sie spielen sollten, zu entkommen. Bis in die Fabrik hinein sind nur etwa 20 Mann gekommen.

Am vergangenen Dienstag traf in Zürich wieder ein Transport ein. Auf der ganzen Strecke Basel—Zürich waren auf den Bahnhöfen Streikposten aufgestellt, aber auch die Hüter der Ordnung waren überall in großen Mengen vertreten. In Zürich wurden die Streikbrecher auf einem Nebenbahnhof ausgeladen. Von hier bis zur Fabrik war von etwa 200 Polizisten ein Kordon gebildet, der niemanden passieren ließ. Gegen 700 Arbeiter hatten sich eingefunden. An mehreren Stellen versuchte die Menge, den Kordon zu durchbrechen, um die Leute über den Stand der Dinge aufzuklären. Dabei kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Kurz vor der Fabrik besannen sich noch vier Mann eines Besseren, sie trennten sich von ihren Kameraden. Von ihnen erfuhr man, daß von den 28 Mann, die in Berlin angeworben worden waren, unterwegs schon 8 verschwunden waren, sodaß nur noch 16 übrig blieben.

In Zürich herrscht gewaltige Aufregung, die Bevölkerung nimmt für und gegen die fremden Streikbrecher Partei; der bürgerliche Jankhagel unterstützt die Polizei und die zahlreichen Geheimen, welche die friedlich dastehenden Streikposten überfallen und mißhandeln. In den letzten Tagen ist es wiederholt zu blutigen Raufereien zwischen Polizei und der Menge gekommen, die zu Hunderten auf den Straßen sich aufhält. Zahlreiche Verhaftungen hat die Polizei vorgenommen, u. a. ist auch der Sekretär der Metallarbeiter, Erzinger, verhaftet

Die „N. Z. Z." veröffentlichte die wichtigeren Bestimmungen der mit den in Zürich eingetroffenen Berliner Streikbrechern abgeschlossenen Verträge. Danach übernehmen die Arbeiter die Verpflichtung, während der ganzen Dauer des Streiks zu „arbeiten" und sie müssen sich bereit erklären, während ihrer Tätigkeit bei der „Genossenschaft schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten, Sektion Zürich", weder einem Verband noch einer Organisation außer dem Handwerker-Schutzverband, der seinen Sitz in Berlin hat, anzugehören. Der Vertrag stipuliert die neunstündige Arbeitszeit mit einem Stundenlohn von 66—80 Rappen und 25 Prozent Zuschlag bei Ueberstunden. Akkordarbeit ist ebenfalls vorgesehen (!). Für gemeinsames Unterkommen und gemeinsame Verpflegung sorgt der Verband. Für die ersten vierzehn Tage sind Unterhalt und Unterkommen der Arbeiter frei. Dauert der Streik länger als vierzehn Tage, so wird für Kost und Logis ein bescheidener Betrag am Wochenlohn abgezogen. Für die großen Reisespesen werden per Woche 3 Franken bis zur Höhe von 50 Fr. in Abzug gebracht. Doch wird dem Arbeiter nach einjähriger Tätigkeit beim Verband dieser ganze Betrag nebst Zinsvergütung wieder zurückerstattet.

Damit es den eingeschleppten Kulis nicht schwer falle, ein ganzes Jahr für den Verband, nicht für den Arbeitgeber, zu wirken, gibt man ihnen, solange sie in einer Werkstatt sind, nur Abschlagszahlungen. Den Rest, vielleicht auch nur einen Teil des Restes erhalten sie erst, wenn sie wieder nach einem andern Orte hin „versetzt" werden, um neuerdings zur Einschüchterung Streikender zu dienen. So kauft sich der Kapitalismus die Verteidiger seiner Zwingburgen, spielt gegen die Arbeiter ihre eigenen Klassengenossen aus und predigt uns: Der Feind des Arbeiters ist der Arbeiter, **der unaufgeklärte Arbeiter.**

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Am Bundesratstische sind Staatssekretär Dernburg und Gouverneur v. Schuckmann erschienen.

Die 2. Lesung des Kolonialetats wird beim Etat für Kamerun fortgesetzt.

Abg. Dr. **Goller** (freis. Volksp.): Die einseitige Begünstigung der christlichen Missionen halte ich nicht für richtig. Dem Mohammedismus muß man auch sein Recht einräumen. Deren Verlangen, christliche Bewerber bei Stellenbesetzungen vorzuziehen, trete ich nicht bei. Zur Taufe drängen sich nicht immer die besten Elemente. Lediglich materielle Vorteile sind oft die Triebfeder und erzeugen eine unglaubliche Heuchelei. Von Dissonanzen zwischen dem Militär- und Zivilgouverneur habe ich nichts gehört. Man sollte sich auch bemühen, sie von vornherein auszuschalten. Unser armer Vetter in Kamerun, der Gorilla, sollte nicht abgeschossen, sondern geschont werden.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Es ist sonderbar, daß, wenn man für christliche Kultur eintritt, sofort mehrere Freisinnige dagegen auftreten.

Staatssekretär **Dernburg:** Die Konfessionen müssen sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen. Den Schaden haben beide Parteien. Das beste wäre, wenn eine territorale Teilung möglich wäre. Das Vernichten und das Jagen von Gorillas ist durch Gouverneurerlaß verboten. Ausnahmen gelten nur für wissenschaftliche Zwecke.

Es folgt der Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet.

Abg. **Semler** (natl.): Große Landgebiete sind in Deutsch-Südwestafrika verschleudert worden. Alte Fehler müssen in diesem großen Gebiet wieder gut gemacht werden. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes ist dringend erforderlich, ebenso die Verstärkung der Truppenmacht. Im Ovambogebiet soll eine Residentur zum Schutze der Ovambos gegen ihre Kapitäne errichtet werden. Dann muß aber auch dieser Resident militärisch geschützt werden. Das Justizwesen ist dringend reformbedürftig. Die Interessen des Reiches müssen bei der Ausbeute der Diamantfelder energisch gewahrt werden.

Staatssekretär **Dernburg:** Ich habe das Bahnbauprogramm nicht zurücktreten lassen. Aber bei der in Angriff genommenen Sanierung der Finanzen des Reiches kann ich nicht mit Bahnbauprojekten kommen. Es braucht auch nicht alles auf einmal gemacht zu werden. Man muß immer auf die Verzinsung der Unternehmen sehen und die Interessen der Heimat wahren. Ueber militärische Maßnahmen des Herrn Generals v. Trotha habe ich mir nie ein Urteil angemaßt. Ueber die persönliche Leistung und Haltung der Truppen kann kein Streit bestehen. Der Justiz ist kein Vorwurf wegen der Zahl der Prozesse zu machen. Die Einführung des Eides halte ich auch für die Eingeborenen für notwendig. Auf den Fall Fehlandt kann ich mich nicht einlassen. Bezüglich der Diamanten ist das Reichsinteresse nur durch Besteuerung der Terraininhaber zu wahren. Expropriieren wäre unsozial. Das Denkmal für die in Südwestafrika gefallenen Krieger wird hoffentlich vom ganzen deutschen Volke unterstützt erstehen.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Je weiter die Selbstverwaltung in den Kolonien ausgebaut werde, desto mehr Vorteile hat auch das Mutterland. Zu erwägen wäre, ob nicht ein Teil der Invaliden des afrikanischen Krieges, um den Pensionsfonds zu entlasten, bei den Behörden untergebracht werden könnte. Die Landgesellschaften kümmerten sich nur um ihre Dividenden. Bei der Anstellung von Richtern für die Kolonien sollte das Reichsjustizamt um ein Gutachten angegangen werden. Da die Kirche eine Ehe zwischen einem Weißen und einer Bastardfrau anerkenne, solle der Staat das auch tun.

Gouverneur **v. Schuckmann:** Die Ovambos gehören zum Teil zu unserem Schutzgebiet, zum Teil zum portugiesischen. Auf der portugiesischen Seite sind sie vorzüglich bewaffnet und zur Beobachtung ihrer Bewegungen müßten wir dort einen Vertreter haben, dessen bloße Gegenwart viel schaffen würde. Ich werde keinen Krieg gegen die Ovambos führen und sie greifen uns nicht an. Ist der Kommissar nur einigermaßen geschickt, so passiert ihm nichts. Die Förderung weiterer Eisenbahnen wollen wir der Selbstverwaltung überlassen. Was die sogenannte mangelhafte Rechtspflege anlangt, so sind die Richter gut, schlecht ist nur unser Gerichtsverfahren — die Hottentotten haben ein besseres. Eine Verminderung der Schutztruppe ist angesichts der großen Entfernung nicht denkbar, zumal sie auch die Polizei vertreten muß. Die Ehen mit Farbigen sind nicht verboten, sie werden nur nicht eingetragen. Die Missionare trauen in solchen Fällen auch nicht. Die Frauen von Weißen haben erfreulicherweise zugenommen und es ist jetzt schon ein hübscher Nachwuchs vorhanden.

Abg. **Ablaß** (freis. Volksp.): Eine mit der höchsten Rechtsgarantie versehene Justiz ist auch für die Kolonie notwendig.

Staatssekretär **Dernburg:** Ich kann ein Verfahren nicht aus den Kolonien wegnehmen und in Berlin wieder anhängig machen. Auf Ungesetzlichkeiten kann ich mich nicht einlassen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. **Ablaß** (freis. Volksp.) wird die Weiterberatung auf morgen 2 Uhr vertagt; außerdem Postetat, 1. Lesung der Fernsprechgebührenordnung.

In der Finanzkommission des Reichstages

ließ gestern der Vorsitzende Dr. Paasche — angeblich auf Wunsch verschiedener bürgerlicher Parteien — sofort über § 1 der Nachlaßsteuer abstimmen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des § 1 gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten.

Darauf gaben die Abgeordneten Arendt, Weber und Wiemer die Erklärung ab, daß diese Abstimmung kein Präjudiz für die Haltung der Fraktionen sein solle, und daß diese für die zweite Lesung der Steuervorlage in der Kommission freie Hand behalten.

Sodann stellte der Abg. Weber den Antrag zur Geschäftsordnung, zunächst über seinen Antrag — eine Reichsvermögenssteuer betreffend — die Diskussion und Abstimmung herbeizuführen, inzwischen aber die Beratung über die Anträge Gamp und Herold auszusetzen.

Abg. Emmel (Soz.) wünscht, daß zunächst die sogen. Verständigungs- und Redaktionskommission der Blockmehrheit Mitteilung mache, wie weit denn die Verständigung unter ihnen gediehen sei, und welche Vorschläge sie mache, damit dann auf Grund dieser Vorschläge beraten werden könne. Sonst habe ja die Beratung über die vorliegenden Anträge gar keinen Zweck. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird jedoch der Antrag Weber angenommen und in die Beratung des Antrages Weber — die Reichsvermögenssteuer betreffend — eingetreten.

Abg. Raab ist gegen den Antrag Weber. Müller-Meiningen (Frs.) stimmte der Grundidee zu, ohne sich auf Einzelheiten festlegen zu wollen.

David (Soz.) erklärt: Prinzipiell stehen wir auf dem Boden des Antrages Weber gegenüber den im Hintergrund lauernden Anträgen Gamp und Herold, die eine Heranziehung des Arbeitseinkommens wollen. Von einer Besitzsteuer könne bei diesem Antrage nicht die Rede sein. Mit dem Worte „Besitzsteuer" wolle man dem Volke Sand in die Augen streuen. Aber auch durch den Antrag Weber werde der Mittelstand getroffen, da als Voraussetzung der Besteuerung ein Mindesteinkommen von 1200 Mk. jährlich gelte. Eine Vermögenssteuer müsse progressiv eingerichtet sein, ebenso eine etwaige Reichseinkommensteuer. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit könne niemand etwas dagegen einwenden. Wolle die Regierung die Nachlaßsteuer, könnte sie sie haben; sie brauche nur den Reichstag auflösen. Die reine Negation in dieser Frage werde von den Konservativen und vom Zentrum getrieben. Die Sozialdemokratie trete positiv für eine Regelung auf dem gerechten Wege der direkten Steuern ein. Die Konservativen erklären sich gegen den Antrag Weber. Ebenso die Zentrumspartei. — Die Regierung läßt durch Sydow erklären, daß sie ebenfalls gegen die Vermögenssteuer sei.

Abg. Spahn führt aus: Die Finanzminister haben schwere Bedenken gegen die Erhöhung der Matrikularbeiträge gehabt. Der Schatzsekretär scheint die Hoffnung zu haben, die Nachlaßsteuer könne noch eine Mehrheit im Reichstage finden. Erirrt. Es gibt keine Mehrheit. Nach Ablehnung der Erhöhung der Matrikularbeiträge müsse nun der Schatzsekretär neue Vorschläge machen. Er könne nicht verdrossen bei Seite stehen und sich auf seine Erklärungen versteifen. Es gäbe noch andere Wege der Besteuerung. Was das Reich bedürfe, müsse geschafft werden. Er stehe auf dem Standpunkte des Antrages Herold, ließe sich dieser aber verbessern, so würde er dem zustimmen, aber es sei Sache der Regierung, mit Projekten zu kommen. — David erklärt demgegenüber: Spahn habe der Regierung ins Gewissen geredet, **aber das Zentrum lehnt die Nachlaßsteuer und die Vermögenssteuer ab. Es hatte die Entscheidung in der Hand.** Würde es dafür eingetreten sein, so wären diese Steuern angenommen. Das Zentrum sei also das Hindernis. Die Regierungen dürften nicht starr an der ablehnenden Haltung festhalten. Schatzsekretär Sydow verteidigte sich gegen die Spahnschen Ausführungen. Er habe nur die Ansichten und Entscheidungen der verbündeten Regierungen wiedergeben. Die Abstimmung ergab, daß der Antrag Weber mit 18 Stimmen gegen die 9 Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt wurde.

Soziale Rundschau.

Die Vermittlungstätigkeit des Verbandes badischer Arbeitsnachweise im Jahre 1908.

Die Ungunst des derzeitigen Wirtschaftslebens, die auch auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes rückwirkte, kommt im Ergebnis der Arbeitsnachweisstatistik für das Jahr 1908 deutlich zum Ausdruck. Bei den 16 Anstalten, die dem Verband badischer Arbeitsnachweise angehören, sind insgesamt über 200 000 Arbeitsgesuche eingegangen (210 459). Es ist dies die Höchstzahl im Verlauf der letzten 10 Jahre, und sie hält sich um rund 35 000 über deren Jahresdurchschnitt mit 175 489. Wenn auch in Betracht zu ziehen ist, daß das jüngst in Baden errichtete Arbeitsamt erstmals im vergangenen Jahr seine Tätigkeit entfaltet hat, so bleibt nach Abzug der dort zur Meldung gelangten 6587 Personen die Zahl der Arbeitsucher des Jahres 1908 immer noch die höchste des Jahrzehnts; das an zweiter Stelle folgende Jahr 1902 hat es auf nur 202 383 Stellensucher gebracht. Indes ist die Wirkung dieser Zahlen weniger ungünstig, wenn man damit die offenen Stellen vergleicht. An solchen waren im Jahre 1908: 111 555 gemeldet, 3449 weniger als im Jahr 1907 trotz des Zuwachses von 4671 in Baden, doch erheblich über dem Jahrzehntsdurchschnitt mit 92 642. Jedenfalls liegt das Verhältnis der angebotenen zu den verlangten Arbeitskräften mit 188,7 Prozent noch etwas günstiger wie der zehnjährige Durchschnitt mit 189,4 Prozent und das Jahr 1908 steht in dieser Hinsicht wenigstens an 6. Stelle; die günstige Lage des Jahres 1906 mit einem Verhältnis von 132,2 Prozent und des Jahres 1907 mit immer noch 144,2 Prozent läßt allerdings den Gegensatz des Jahres 1908 scharf hervortreten. Erfreulicher ist das Vermittelungsergebnis des Verbandes; ist es doch den Anstalten gelungen, im verflossenen Jahr die Einstellung von nahezu 80 000 Personen (79 074) zu vermitteln und damit die zweithöchste Ziffer des letzten Jahrzehnts zu erreichen. In ihrem Verhältnis einerseits zu den offen gemeldeten Stellen, dann zu den Arbeitsgesuchen, entspricht die Vermittelungsziffer für 1908 beinahe genau dem Jahrzehntsdurchschnitt: 70,9 (durchschnittl. 71,0) Vermittelungen auf 100 offene Stellen, 37,6 (durchschnittl. 37,5) auf 100 Stellengesuche. Etwas getrübt wird dieses Bild durch die hohe Zahl der zurzeit der Arbeitsuche stellenlosen Personen. Rund 138 000 (genau 137 958) oder 65,6 Prozent der Gesamtzahl sind zu dieser Zeit ohne Stellung gewesen, davon gegen 80 000 (80 131) länger als eine Woche. Doch sind hierin die früheren Jahre nur insofern günstiger gewesen, als das Arbeitsangebot überhaupt geringer war; in sich betrachtet sind auch die Jahre 1906 mit 61,7 Prozent, 1907 mit 65,0 Prozent arbeitsloser Stellensucher vertreten gewesen.

Faßt man die männlichen und weiblichen Arbeitskräfte gesondert ins Auge, dann weist das Berichtsjahr gegenüber dem Jahr 1907 die Besonderheit auf, daß sich in der weiblichen Abteilung das Verhältnis von Stellengesuchen zu offenen Stellen nunmehr fast die Wage hält; auf 34 682 offene Stellen kommen 34 196 oder 98,6 Prozent Arbeitsgesuche gegenüber nur

81,1 Prozent im Vorjahr. Inwieweit diese Erscheinung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen oder mit der wachsenden Erkenntnis von der Gemeinnützigkeit dieser öffentlichen Anstalten auch in den weiblichen Kreisen zusammenhängt, mag hier unerörtert bleiben. Immerhin liegt der Arbeitsmarkt für weibliche Kräfte gegenüber den männlichen noch erheblich günstiger; denn es konnten 58,5 Prozent der Arbeitsucherinnen in offene Stellen eingewiesen werden, und es waren ihrer nur rund 10 000 oder 29,1 Prozent, die zur Meldungszeit ohne Stellung waren; auch war dies bei mehr als der Hälfte von ihnen weniger als eine Woche der Fall.

Die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage hat sich für die männlichen Arbeitskräfte im Geschäftsjahr 1908 ziemlich verschlechtert; auf 76 873 offene Stellen kamen 176 263 Stellengesuche; im Vorjahr war das Verhältnis noch 141 266 gegen 84 715. Doch konnte im Berichtsjahr 59 060 Männern (gegen 1907 mehr 2258) Arbeitsgelegenheit verschafft werden. 128 017 der männlichen Arbeitsucher waren ohne Arbeit, darunter 75 375 seit länger als 1 Woche.

(Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Das Informationsbureau der Arbeitervereine der Bodensee-Uferstaaten gibt folgendes bekannt: In der Schweiz sind für Gipser und Maler sämtliche Baugeschäfte und Nichtverbandsmeister an Orten, wo es durch Tarif verboten ist, Arbeit bei solchen anzunehmen, gesperrt. Ueber diese informiere sich jeder bei den Sektionen, bevor er Arbeit annimmt.

NB. **Wir ersuchen die Genossen um Zusendung der Adresse von Johann Josef Casutt, Schreiner, von St. Martin (Kt. Graubünden), Schweiz Buch Nr. 129815.**

Sämtliche Zuschriften, das Informationsbureau betreffend, sind an den Sekretär, Paul Henauer, Römerstraße, Arbon (Schweiz), und allfällige Geldbeiträge an August Bühler, Eichenstraße, zu richten. **Das Informationsbureau.**

Dresden, 1. März. Das hiesige Gewerbegericht hat heute als Einigungsamt die Differenzen im Dachdeckergewerbe durch einen Schiedsspruch geschlichtet. Der im Jahre 1906 geschlossene Vertrag ist bis 1910 verlängert worden und sollen die Löhne vom 1. April ds. Js. ab um 2 Pf. pro Stunde erhöht werden.

Aus Hornberg schreibt man uns: Von den Arbeitern der Brauerei Ketterer wird zurzeit lebhaft geklagt über das Gebaren des dort beschäftigten Oberbrauers und seiner Frau, welch letztere sich auch in die dienstlichen Angelegenheiten des Personals einmischt. Herr Brauereibesitzer Ketterer findet aber anscheinend Gefallen an diesem Unterrocksregiment, denn lieber entläßt er Arbeiter als die Frau Oberbrauer in die Schranken zu weisen. Deshalb wäre es wünschenswert, daß alsbald dem Weiberkommando in diesem Betrieb ein Ende gemacht würde.

Konstanz, 1. März. Die Schneidergehilfen in Konstanz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Am 1. März wurde der Tarif gekündigt und den Arbeitgebern ein neuer Tarif vorgelegt.

Kommunalpolitik.

Aue, 1. März. Sozialdem. Wahlsieg. Bei der heutigen Bürgerausschußwahl für die 3. Wählerklasse wurden auf unsere Liste 116—120 Stimmen abgegeben. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Abgestimmt haben ungefähr 60 Prozent.

Lahr, 27. Febr. Aus der Bürgerausschußsitzung vom 26. Februar. Die Stadtverordneten hatten sich u. a. mit der Nachbewilligung verschiedener Mehraufwendungen an städtischen Neubauten zu beschäftigen. Das Stadtbauamt führte diese Ueberschreitungen vornehmlich auf die unverhältnismäßig hohen Preisforderungen der hiesigen Innungsmeister zurück. So haben, wie es in der Begründung der Vorlage heißt, die Zementfirmen mit ihren Angeboten 20—30 Prozent mehr verlangt, als für ungefähr gleichzeitig ausgeführte andere Gebäude. Für die Anstreicherarbeiten war überhaupt nur ein Angebot zu erlangen. Die Innung („Verein selbständiger Maler, Ortsgruppe Lahr") hatte sich hier als Schröpfkopf am Stadtsäckel bewährt. Man hatte Vergleichsangebote von Innungen anderer Städte herangezogen, überall waren die Sätze 10—50 Prozent niedriger. Auch die Glasermeister hatten eine entsprechende Vereinbarung getroffen und nur ein Angebot eingereicht, dabei aber war der Zweck, die Arbeiten am hiesigen Platze machen zu lassen, doch nicht erreicht; die Fenster hat die betr. Firma von auswärts bezogen.

Ob dieser stadtbauamtlichen Begründung war nun selbstredend unter den im Bürgerausschuß zahlreich vertretenen Innungsmeistern der helle Aufruhr losgebrochen. Diese Art und Weise, am Stadtsäckel zu schröpfen, war aber sogar bürgerlichen Vertretern zu bunt. Der Stadtverordnete Hähnel wies z. B. darauf hin, wie wir dasselbe Bild neulich bei den Schreinermeistern erlebten, als die Sarglieferung in Frage stand. Das Stadtbauamt rechnet doch schon an und für sich mit anständigen Preisen. Wenn solche ortsüblichen Innungspreise aufgrund von Absprachen einer Innung zu stande kommen, dann ist das nicht der richtige ortsübliche Preis. Es müsse auch auf die Steuerzahler Rücksicht genommen werden und der Stadtrat bei diesen Maximen dazu schreiten, solche Angebote, wo ihm eine Wahl gar nicht gelassen wird, nicht mehr zu berücksichtigen. — Lehrer Schmitt bemängelte die Veröffentlichung der Begründung. — Der Oberbürgermeister bemerkte, daß die Organisation des Handwerks hier nach einer Richtung geht, die nicht gesund ist, wenn sie eine Preistreibung bildet, die über das Ziel hinausschießt. Selbst die im Stadtrat sitzenden Vertreter des Handwerks mußten wiederholt zugeben, daß die Forderungen zu hohe waren.

Unsere Arbeitervertreter waren in dieser Sitzung leider sehr schwach vertreten.

Aus Lahr, 2. März, schreibt man uns: Zur Erhöhung der Beamtengehälter. In diesem Blatte stand in Nr. 111 vom 15. Mai 1907 ein Artikel, in welchem es hieß: „Während für die höheren Beamten, welche einen Gehalt zwischen 2200 und 4000 Mk. beziehen, gesorgt ist, wird für die niederen Beamten mit einem Gehalt von 700 bis 1800 Mk., bei welchen doch gewiß bei den derzeitigen Lebensverhältnissen jede Möglichkeit, aus ihren Gehältern Ersparnisse zu machen, ausgeschlossen ist, die Aufnahme in die Fürsorgekasse abgelehnt."

Auf ein im Juni 1907 von den noch nicht pensionsberechtigten Beamten an den Stadtrat gerichtetes Bittgesuch um Ueberweisung zur staatlichen Fürsorgekasse erhielten dieselben unterm 19. Juni 1907 den Bescheid,

„daß der Stadtrat aus prinzipiellen Gründen von einer Ueberweisung der noch nicht versicherten Gemeindebeamten an die Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte absehen muß.

Dagegen sichert der Stadtrat diesen Beamten, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, aus Mitteln der Stadtkasse nach den Grundsätzen des Fürsorgegesetzes Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung zu. Die Behandlung der Angelegenheit in diesem Sinne wird für das kommende Jahr vorgesehen."

Ferner wurde ein von der Schutzmannschaft vor Weihnachten 1907 eingereichtes Gesuch um Bewilligung einer Teuerungszulage — einer Zulage, die, nebenbei bemerkt, von Städten gewährt wurde, deren Beamte einen um 50—100 Proz. größeren Gehalt beziehen, als die Beamten der Stadt Lahr — vom Stadtrat „im Hinblick auf die im vergangenen Jahre stattgehabte Gehaltsregulierung und **die in Aussicht stehende Einführung einer Ruhegehaltsberechtigung mit Hinterbliebenenversorgung**" abgelehnt.

Das Jahr 1908 ist nun verflossen, aber die Ausführung des unterm 19. Juni 1907 gefaßten Stadtratsbeschlusses bezw. dessen Vorlage an den Bürgerausschuß ist nicht erfolgt.

Unseres Wissens ist nun aber eine spätere Entschließung des Stadtrats, wonach die Ausführung des oben erwähnten Beschlusses zurückgestellt oder der Beschluß gar aufgehoben wurde, nicht ergangen.

Hat nun aber der Herr Oberbürgermeister ohne Zustimmung des Stadtrats die Ausführung des Stadtratsbeschlusses vom 19. Juni 1907 zurückgestellt — was gewiß nicht eine für die Stadtratsmitglieder sehr schmeichelhafte Behandlung ihrer Beschlüsse darstellen würde — so wäre es den städtischen Beamten nicht zu verdenken, wenn sie sich des Gefühls nicht erwehren könnten, als hätten sie diese ungerechte Behandlung dieser Angelegenheit einzig und allein dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Altfelix zu verdanken.

Erfolgte aber die Zurückstellung der Ausführung des Stadtratsbeschlusses vom 19. Juni 1907 im Einverständnis des Stadtratskollegiums, dann wäre dies ebenfalls tief zu beklagen. Wenn absolut gespart werden muß, warum fängt man dann bei den Unterbeamten an und nicht bei den Oberbeamten, wo es sich ganz gewiß besser rentieren dürfte!

Schopfheim, 2. März. An Bewerbungen um den Bürgermeisterposten waren bis zum Freitag, an welchem Tag die Anmeldefrist ablief, im ganzen 12 eingelaufen. Vor zwei Jahren betrug die Zahl der Bewerber 22.

Mannheim, 2. März. Auf Anregung von Interessenten beschloß der Stadtrat, beim Bezirksamt die Einführung eines geregelten Schweinemarktes mit fest bestimmten Anfangs- und Schlußzeiten zu beantragen.

Aus der Partei.

Falsche Gerüchte über den Genossen Bebel verbreitet eine bürgerliche Zeitungskorrespondenz. Danach soll Genosse Bebel an einem Nierenleiden schwer erkrankt sein, sodaß er auch den Verhandlungen des Parteivorstandes fernbleiben müsse. Wir können demgegenüber erklären, daß diese Nachricht vollkommen unzutreffend ist. Genosse Bebel muß sich allerdings noch immer Schonung auferlegen, doch fühlt er sich im allgemeinen wohl. Genosse Bebel nimmt auch seit dem Wiederzusammentritt des Reichstages regelmäßig an dessen Sitzungen teil.

Der Preßprozeß gegen die „Lörracher Arbeiterzeitung". In der „Lörracher Arbeiterzeitung" vom 29. August 1908 befand sich ein „Eingesandt", das sich mit der Kantine der beim Kanalbau tätigen Arbeiter beschäftigte. U. a. hieß es da, daß der Kantinenwirt den Arbeitern Tropfbier angeboten und die reklamierenden Arbeiter beschimpft, sowie mit der Denunziation bei der Bauleitung bedroht habe. Die Handlungsweise des Wirts wurde in dem „Eingesandt" als „Ausbeutung" der Arbeiter und der Wirt als „gewissenloser Geschäftsmann" bezeichnet. Das Schöffengericht Lörrach hat am 28. Oktober 1908 den Beweis als erbracht angesehen, daß der Wirt tatsächlich Manipulationen mit dem Bier vorgenommen habe, durch die es die Qualität von Tropfbier angenommen habe. Dennoch wurde der verantwortliche Redakteur Gen. Ludwig Goll, zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil die Worte „Ausbeutung" und „gewissenloser Geschäftsmann" unzulässig seien. Die Berufung Golls wurde von der zweiten Strafkammer des Landgerichts Freiburg zurückgewiesen, weil in den inkrimierten Worten ein allgemeines Urteil liege, das dem Beweis der Wahrheit nicht zugängig sei. Die Revision, über die am 22. Februar vom Strafsenat des Oberlandesgerichts verhandelt und welche vom Rechtsanwalt Marum vertreten wurde, rügte die Verletzung des § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) insbesondere deshalb, weil Goll selbst Arbeiter, als Redakteur nur nebenamtlich beschäftigt sei. Ferner sei das Urteil, das in den inkriminierten Worten liege, durch den erbrachten Wahrheitsbeweis durchaus begründet, und es sei falsch, für ein Werturteil keinen Beweis zuzulassen.

Die am 27. Februar verkündete Entscheidung des Strafsenats ließ die Rüge wegen Verletzung des § 193 unerörtert da der Senat die Aufhebung des landgerichtlichen Urteils und die Zurückverweisung an das Landgericht zur nochmaligen Verhandlung der Sache schon deshalb für geboten erachtete, weil aus dem Urteil nicht klar hervorgehe, ob die Bestrafung aufgrund des § 185 oder des § 186 des Strafgesetzbuches erfolgt sei.

Söllingen, 2. März. Sozialdem. Verein. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Samstag, 6. März, abends 8 Uhr, im „Feldschlößchen" statt. Genosse Huber wird Bericht erstatten vom Parteitag in Offenburg. Wir bitten die Parteigenossen, vollzählig zu erscheinen. Volksfreundleser und die Mitglieder der Arbeitervereine sind hierzu ebenfalls freundlichst eingeladen.

Schopfheim, 1. März. Sozialdem. Verein. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unsere nächste Mitgliederversammlung am Samstag, 6. März, abends halb 9 Uhr im Lokal bei Frau Schindler stattfindet. Der Delegierte vom Parteitag wird ausführlichen Bericht erstatten. Außerdem stehen sonst noch wichtige Sachen auf der Tagesordnung, welche die Genossen veranlassen müssen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Wir sind es seit längerer Zeit gewohnt, nur stark besuchte Versammlungen zu haben; es ist zu erwarten, daß auch diese sich würdig den anderen anreiht.

Außerdem machen wir die gesamte organisierte Arbeiterschaft von Schopfheim darauf aufmerksam, daß wie jedes Jahr der Gang nach Dossenbach am Sonntag, 7. März, stattfindet. Abmarsch und Sammelpunkt bei Frau Schindler um **halb 2 Uhr.** Zahlreiche Beteiligung insbesondere auch von seiten der Frauen und der Gewerkschaften erwünscht.

Malsch, 1. März. Der „Volksfreund" liegt **hier in den Lokalen:** „Mahlberg", „Sternen" und „Löwen" auf. Es ist dies für ein Dorf wie Malsch mit so großer Arbeiterbevölkerung viel zu wenig. Unsere Genossen und Parteifreunde sollten viel mehr darauf sehen, daß in den Wirtschaften, in denen sie verkehren, auch ihre Zeitung aufgelegt wird und sollten, wenn dies nicht geschieht, die Konsequenzen ziehen. In dieser Beziehung herrscht, das muß einmal hier ausgesprochen werden, noch eine viel zu große Lauheit unter den hiesigen Genossen. Wer nicht unsere Zeitung auflegen kann, wer nur Platz hat für den „Landsmann" oder die „Badische Presse", dem müssen auch unsere Nickel nicht gut genug sein, der muß sich auch damit abfinden, daß wir dieselben auch dorthin tragen, wo man uns entgegenkommt. Wir brauchen gar nicht verlangen, daß die Zeitungen anderer Richtungen abbestellt werden; aber da bekanntlich die Wirte von den Gästen abhängig sind und nicht umgekehrt, sind wir überzeugt, daß, wenn jeder unserer Anhänger überall dort, wo er verkehrt, energisch verlangt, daß auch seine Parteizeitung aufgelegt wird, dieser Forderung auf die Dauer nicht widerstanden werden kann.

Also jeder Anhänger unserer **Sache mache es sich zur Pflicht,** für unser Parteiblatt zu agitieren. Besonders sei die Parole: **Wer nicht unsere Zeitung auflegen will, der braucht auch nicht unsere Zehner, die bekanntlich so rund sind wie die anderer Leute.**

Triberg, 1. März. Der am letzten Sonntag im Restaurant „Waldeck" veranstaltete Gesellschaftsabend der hiesigen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder war zahlreich besucht und verlief für alle Teilnehmer hochbefriedigend. Bei diesen Veranstaltungen werden sämtliche Wirtschaften, in denen die Parteipresse aufliegt, berücksichtigt. Die Parteigenossen sowie Volksfreundleser werden ersucht, sich an diesen Veranstaltungen zahlreich zu beteiligen.

Märzfeier in Dossenbach. Seit 5 Jahren haben die Parteigenossen des hinteren Wiesentals jeweils im Monat März auf dem Massengrab der bei Dossenbach gefallenen Freiheitskämpfer der Herweghschen Legion einen Kranz mit roter Schleife niedergelegt. Die Feier nimmt jedes Jahr einen größeren Umfang an, ein Zeichen, daß unsere Ideen feste Wurzeln geschlagen haben. Für dieses Jahr ist folgendes Programm vorgesehen: Die Teilnehmer aus dem Wiesental sammeln sich am Sonntag, 7. März, von mittags 1 Uhr ab bei Witwe Schindler in Schopfheim. Abmarsch um **halb 2 Uhr** mit Musikbegleitung. Ankunft auf dem Friedhof in Dossenbach um halb 3 Uhr, wo auch die Genossen des Rheintals sich einfinden werden. Genosse Zumtobel-Hausen sowie ein Säckinger Genosse werden mit kurzen Ansprachen je einen Kranz niederlegen. Der Musikverein „Eintracht" Schopfheim trägt einen Choral vor, während der Arbeitergesangverein „Vorwärts" Schopfheim-Fahrnau" die Chöre „Da unten ist Frieden" und „Ein Sohn des Volkes" singen werden. Nach diesem ernsten Akt findet im Saale des Gasthauses zum „Hirschen" in Dossenbach gemütliche Zusammenkunft statt, wobei Genosse Müller-Schopfheim eine der Bedeutung der jetzigen Zeit entsprechende Rede halten wird.

Wir fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen des Rhein- und Wiesentals auf, für einen Massenbesuch der Feier zu sorgen. Bei schlechtem Wetter werden die Kränze durch Deputationen um die gleiche Zeit niedergelegt.

Badische Chronik.

Ettlingen.

— **Der Umlagefuß für die Stadt Ettlingen wird im kommenden Jahre keine Erhöhung** erfahren, sondern sich wie bisher gleich bleiben: 25 Pf. von 100 Mk. Vermögenssteuerkapitalien und 150 Pf. von 100 Mk. Einkommen.

— **Das Musterungsgeschäft** hat gestern hier begonnen und findet die Musterung im Gasthof zur „Sonne" hier statt. Am Freitag, 5. März haben sich die Pflichtigen der Altersklasse 1909 aus der Stadt Ettlingen zu stellen.

Baden-Baden.

— Eine am vergangenen Montag stattgefundene Parteiversammlung beschäftigte sich aufs neue mit der Aufstellung eines Kandidaten für die Stadt Baden. Unser alter Parteigenosse Lutz, welcher wiederholt für Reichs- und Landtag kandidierte, lehnte eine Wiederaufstellung aus Rücksicht auf seinen geschwächten Gesundheitszustand ab. Genosse Lutz hat sich zweifellos große Verdienste um die Partei erworben, besonders in jener Zeit, da er noch in ungeschwächter Frische und Jugendkraft für unsere Ideale kämpfen konnte. Die Versammlung nahm deshalb mit Bedauern die Ablehnung des Genossen Lutz zur Kenntnis und stellte dann einstimmig den Genossen Philipp Martloff, Zuschneider, als Kandidaten für den 35. Wahlkreis Baden-Stadt auf.

Freiburg.

— **Aus der letzten Stadtratssitzung. Die letzte am 21. Jan** vorgenommene bakteriologische Untersuchung der Leitungswässer hat ergeben, daß in sämtlichen städtischen Leitungen nichts Gesundheitsschädliches entdeckt wurde, auch im Trinkwasser nicht.

Der Jahresbericht der Verwaltung der städtischen Wasserwerke ergibt: Nach den Angaben der Wassermesser flossen im abgelaufenen Jahre 1908 7 740 000 Kubikmeter Wasser in die Stadt, rund 40 000 Kubikmeter mehr als im Vorjahre. Die durchschnittliche Tagesabgabe berechnet sich hieraus auf 18 415 Kubikmeter, die höchste Tagesabgabe war am 6. Juli mit 24 300 Kubikmeter, die niedrigste mit 17 000 am 6. November. Auf den Kopf der Bevölkerung ergibt das eine tägliche Abgabe von 232 Liter.

Der Jahresbericht der städtischen Abfuhrverwaltung ergibt für das Jahr 1908: 3728 Fuhren Hausmüll im Gewicht von 8668 Tonnen. Auf den Kopf der Bevölkerung ohne die Vororte Zähringen Haßlach und Betzenhausen 0,21 Kubikmeter (112—113 Kilogramm) Müll.

— **Todesfall.** In einem Hause der Schloßbergstraße bemerkten die Bewohner, daß die 58jährige Witwe, die im Hause wohnte, sich seit 2 Tagen nicht mehr sehen ließ. Man ließ daher die Wohnung polizeilich öffnen und hier fand die Schutzmannschaft die Witwe tot vor. Die ärztliche Untersuchung ergab Tod durch Herzschlag.

— **Unfall.** Am Samstag Nachmittag wurde von einem Herrschaftskutscher ein neues Pferd eingefahren. An der Katharinenstraße scheute das Pferd und ging durch. In der Johanniter-

straße fuhr der Wagen scharf an den Randstein an, daß der Kutscher von seinem Bocke flog und eine ganze Strecke geschleift wurde. Mittels Tragbahre wurde er in die chirurgische Klinik verbracht. Seine Verletzungen sind sehr ernster Natur.

— **Zur Liebestragödie in der Günterstalstraße.** Die Kellnerin Agatha Walser von Ansnang, die am Samstag im Hause Günterstagstraße 8 hier von dem Kaufmann K. Fischer durch einen Revolverschuß in den Kopf schwer verletzt worden war, ist am Sonntag in der chirurgischen Klinik verstorben. Sie war vom Augenblick der Tat an bewußtlos. Das Befinden Fischers ist, wie man erfährt, befriedigend. Ob Lebensgefahr ausgeschlossen ist, kann noch nicht gesagt werden.

— **Straßenraub.** Ein Gärtner aus Hanau, welcher in einer Wirtschaft gezecht hatte, wurde in der Nacht vom 20. auf 21. Februar nach der Baslerstraße gelockt, dort zu Boden geworfen und seines Portemonnaies mit 10 Mk. nebst 2 Pfandscheinen beraubt. Der Polizei ist es gelungen, den Täter in der Person des Blechners Werzhausen in Uffhausen zu ermitteln.

— **Groben Unfug** verübte gestern Abend ein bis jetzt noch unbekannter Täter dadurch, daß er grundlos in dem am Hause Karthäuserstraße 16 angebrachten Meldeapparat Feuer meldete und das Ausrücken des Rettungszuges der Feuerwehr veranlaßte.

Villingen.

— **Konsumverein.** Das Tagesgespräch bildet hier die plötzliche Entlassung des Kassiers Schöllhorn, welcher sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen ließ; er soll bereits das Weite gesucht haben. Dieser Herr war 2. Vorstand des Kriegervereins und hat voriges Jahr beim Ausschluß von 4 Parteigenossen eine große Rolle gespielt. Diese Woche wollten ca. 120 ausgetretene Mitglieder ihren Stammanteil holen, aber statt diesen zu erhalten, wurden sie mit Ausreden abgetan. Was also vor 1¼ Jahren prophezeit wurde, scheint sich nun zu bewahrheiten, nämlich der unausbleibliche Ruin des Vereins. Ausführlicher Bericht folgt. Warum schweigt denn das hiesige Waldmichelblatt über diese Neuigkeit? Hier handelt es sich eben um einen von den Ihrigen und in solchen Fällen ist die Tinte auf der Redaktion stets eingetrocknet.

Waldshut.

— **Lichtbildervortrag.** Der am Samstag Abend vom Gewerkschaftskartell veranstaltete Lichtbildervortrag: „Auf dem Rade um die Welt" vom Forschungsreisenden Willy Schwiegershausen war von zirka 300 Personen besucht. Der Vortragende schilderte eingangs seine Erlebnisse und Eindrücke, die er auf seiner fünfjährigen Radtour durch die fünf Erdteile empfangen, in packender Weise und führte dann den Anwesenden zirka 200 selbstaufgenommene Lichtbilder vor Augen, wofür das Publikum durch starken Beifall dankte. Einen entschieden besseren Effekt würde der Redner erzielen, wenn er die Lichtbilder in den Rahmen seines Vortrages einflechten würde, denn so jagt ein Bild das andere und es ist schwer, der Reise mit Aufmerksamkeit zu folgen.

— **Das Los der Armut.** Aus der Schweiz werden gegenwärtig wieder — so berichten bürgerliche Zeitungen — viele verarmte Familien mit ihren Kindern ausgewiesen, namentlich aus Zürich und anderen größeren Städten, ein Zeichen, daß dort zurzeit die Geschäfte nicht am besten florieren. So sind gegenwärtig 17 Kinder vorübergehend im hiesigen Spital untergebracht, um in ihre Heimat weiterbefördert zu werden, sobald die Angelegenheiten mit deren Heimatgemeinden erledigt sein wird.

Ausgewiesen — abgeschoben — das ist das Los der Armen in unserer sogen. „göttlichen Weltordnung"; damit glaubt der „christliche Staat" sich seiner Christenpflicht auf die einfachste Art zu entledigen. Hat die Sozialdemokratie Recht oder Unrecht wenn sie den Machthabern ins Gesicht sagt: „Euer „Christentum" ist Heuchelei, ihr habt kein Recht, euch „Christen" zu nennen!"

Pforzheim, 2. März. Unglücksfall. Gestern Abend fuhr eine Frau Nestle aus Mörsch bei Rastatt auf dem Heimweg mit einem mit zwei Pferden bespannten Pritschenwägelchen durch Brötzingen. In der Nähe des Rathauses ging das linke Vorderrad am Wägelchen heraus, was zur Folge hatte, daß die Pferde scheuten, die Frau vom Wagen geschleudert wurde und bewußtlos auf der Straße liegen blieb. Die Verunglückte wurde zunächst nach der Polizeiwache im Rathaus verbracht, wo der herbeigerufene Arzt Dr. Finke einen Schädelbruch und eine erhebliche Gehirnerschütterung feststellte und die Ueberführung ins städtische Krankenhaus anordnete.

— **Selbstmord.** In Weißenstein hat sich gestern Nachmittag im Wald der 50 Jahre alte Ratsdiener Wittemauer, Vater mehrerer Kinder, mit einem Revolver erschossen.

Pforzheim, 2. März. Nach dem Voranschlag für das Jahr 1909 sind die Einnahmen der Stadtkasse mit 2 662 000 Mark, die Ausgaben mit 4 345 000 Mk. eingestellt, sodaß 1 683 000 Mk. (im Vorjahr 1 514 140 Mk.) ungedeckt bleiben, die durch einen Umlagesatz von 30 Pf. aufzubringen sind. Durch die Zunahme der Steuerkapitalien für Liegenschaften, Betriebsvermögen und der Einkommensteueranschläge erbrachte ein Pfennig Umlage 52 870 Mark gegen 47 685 Mk. im Vorjahr. Die Gemeindeschuld beläuft sich Ende 1908 auf insgesamt 26 872 Mk., welchem Betrag ein bedeutend höheres Gemeindevermögen gegenübersteht.

Märkt (Amt Lörrach), 2. März. Zum Leichenfund. Den Bemühungen der Polizei ist es bereits gelungen, eine Spur zu finden, die zur Feststellung der unnatürlichen Mutter des als Leiche hier geländeten Knäblein führen kann. Als der Tat verdächtig wird die Taglöhnerin und Dienstmagd Anna Maria Meyling geb. Hännig von Sulz gesucht.

Breisach, 2. März. Die Passagierfahrten auf dem Rhein sollen in diesem Jahre in größerem Umfange betrieben werden, sowohl stromaufwärts als auch stromabwärts. Der Fahrplan dieser Personenfahrten wird in der nächsten Zeit herausgegeben werden. Voraussichtlich werden die Fahrten mit 2 Passagierdampfern bei günstigem Wasserstand Ende März bezw. Anfang April aufgenommen werden.

Vom Schwarzwald, 2. März. Starker Schneefall herrscht seit heute früh auf dem Schwarzwald. Tal und Höhen sind mit einer ziemlich dicken Schneeschicht bedeckt.

Mannheim, 2. März. Postneubau. Die Budgetkommission des Reichstags bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung zum Bau eines neuen Postdienstgebäudes am hiesigen Bahnhof als erste Rate 300 000 Mk. Die Gesamtkosten sind auf 800 000 Mk. veranschlagt. Der Bauplatz ist schon angekauft.

Aus Reichenau brachten wir am 16. April 1908 unter der Spitzmarke „Klerikale Erbschleicher" folgende Notiz:

Am 26. März wurde vor dem Konstanzer Amtsgericht ein Testament eröffnet, das weit und breit Aufsehen erregt. Die verwitwete Ludwine Hupple vermachte ihr Vermögen im Betrag von 15 000 Mk. der Münsterkirche hier, sowie der Kirche Niederzell und dem Kloster Beuron. Ihre nächsten Verwandten bekamen kleine Legate und eine andere Verwandte gar nichts. Die Erblasserin war bis zu ihrem Tode wegen Geisteskrankheit entmündigt; die ärztliche Diagnose lautete: kindisch, was jedoch ihren Beistand nicht abhielt, ein solches Testament zuzulassen. Beistand war der Hausverwalter Simon Deggelmann vom Vereinshaus St. Johann in Konstanz. Das Testament ist von den Verwandten angefochten worden, mit welchem Erfolg, wird die gerichtliche Verhandlung zeigen.

Nun geht uns allerdings erst heute folgende **Erklärung** zu:

Die unterzeichneten gesetzlichen Erben der am 5. März 1908 in Konstanz verstorbenen Frau Ludwina Schuhmacher, geb. Hupple, erklären hiermit: Der am 16. April 1908 im „Volksfreund" in Karlsruhe in einem Artikel von Reichenau erhobene Vorwurf „klerikaler Erbschleicherei" sowohl dem Vertreter des Münsterstiftungsrats Reichenau als auch dem damaligen Pfleger Simon Deggelmann gegenüber ist **nicht von uns ausgegangen** und wir mißbilligen diesen Vorwurf **als unbegründet.**

Konstanz, 27. Jan. 1909.

(gez.): Frau Brig. Grießer, geb. Hupple, Frau Witwe Mathilde Löhle, geb. Hupple, Ludwina Hupple.

Wir sind preßgesetzlich zur Aufnahme der Erklärung nicht verpflichtet und haben uns lediglich aus Loyalitätsrücksichten zur Wiedergabe entschlossen.

Eine Fata morgana an der badisch-württembergischen Grenze.

An der badisch-württembergischen Grenze will man dieser Tage das in unseren Breitegraden seltene Phänomen einer Luftspiegelung (Fata morgana) beobachtet haben. Dem „Heidelberger Tagblatt" wird hierüber ausführlich aus Krautheim (Amt Adelsheim) berichtet, leider ohne genaue Angabe des Datums. Das Naturschauspiel soll von einer Anzahl Passanten auf der Straße Dörzbach-Obergünzbach wahrgenommen worden sein. Es war vormittags 10 Uhr, als sich plötzlich am wolkenlosen Himmel in nordöstlicher Richtung, etwa 20 bis 30 Grade über dem Horizont ein heller, rosafarbiger, ziemlich breiter Lichtstreifen bildete, der immer mehr an Helligkeit zunahm. Groß war die Ueberraschung der staunenden Beobachter, als sie die Wahrnehmung machten, daß dieser Lichtstreifen sich langsam in eine von der Sonne beschienene, hellerleuchtete Landschaft verwandelte, in der Felder und Wiesen, Bäume und Wälder und auf einer Anhöhe sogar ein Dorf mit einem Kirchturm ganz deutlich zu unterscheiden waren. Plötzlich wurde es in diesem in die Luft gezauberten Bilde auch lebendig, denn verschiedene Abteilungen Soldaten — man konnte sogar unterscheiden, daß es Infanterie war — bewegten sich in gefechtsmäßiger Ordnung gegen einander. Auf einmal machten die Abteilungen Halt, und man konnte gegenseitiges Gewehrfeuer schwach wahrnehmen, bis sich mit einem Male zum Leidwesen der erstaunten Beobachter wie durch einen Zauberschlag das wundervolle Bild verschob und plötzlich verschwand. Nur ein fahler, rasch erblassender Lichtstreif zeigte die Stelle an, wo sich das seltene Phänomen abgespielt hatte. Auf nähere Erkundigung ergab sich für die Beobachter bald die volle Erklärung dieses seltsamen Vorganges. Die Richtung gegen Nordosten wies auf die nächste von Krautheim etwa 18 Kilometer entfernte württembergische Garnison Mergentheim hin, und in der Tat soll an diesem Tage und zwar genau zur selben Zeit das Mergentheimer Bataillon auf der Höhe von Löfelstetten eine Gefechtsübung abgehalten haben.

Neues vom Tage.

Bei einem Eisenbahnunglück drei Personen getötet.

Koblenz, 2. März. Der Personenzug, der 10,17 Uhr von Köln aus hier fällig ist, stieß auf einen Güterzug. Getötet wurden Sandsteinfabrikant Ollig und Frau, Weißenthurm, ein junger Mann namens Rünz aus Kettig, der gestern das Abiturientenexamen bestanden. Schwer verletzt wurden acht Personen, u. a. Packmeister Winkensbonn, Fahrbeamter Weißkirchen-Endenich. Zugführer Teurahn-Bonn. Der Personenzug stieß auf eine Lokomotive auf. Diese wurde entzwei gerissen. Der Packwagen und ein Wagen dritter Klasse wurden zertrümmert und ineinander geschoben. Aerzte, Sanitätskolonne und Feuerwehr waren rasch zur Stelle. Das Ehepaar Ollig hat sechs Kinder hinterlassen.

Der Schneefall in Berlin.

Berlin, 2. März. Der große Schneefall, der seit einigen Tagen mit kleinen Unterbrechungen niedergeht, hält in noch verstärktem Maße an. Stockungen des Verkehrs sind aber so gut wie nicht zu verzeichnen. 4500 Hilfsarbeiter und 1300 Gespanne stehen zur Schneeabfuhr im Dienst.

Im Reiche haben die Schneestürme heftig gewütet und große Verkehrsstörungen hervorgerufen. Aus Kassel wird gemeldet: Infolge des außerordentlichen Schneegestöbers, zu dem gestern Tauwetter eingetreten ist, befürchtet man neue Ueberschwemmungen. Der Neuschnee liegt in den umliegenden Bergen teilweise bis zu einem Meter Höhe.

Aus dem Rheinland wird gemeldet: Ein Tischlermeister aus Lüdenscheidt, der sich im Schneegestöber verirrt hatte, wurde erfroren aufgefunden. — Ein Arbeiter aus Weidenau hatte sich zum Schutz gegen die Kälte auf einen Haufen von heißen Schlacken aus dem Sieghütter Eisenwerk niedergelegt und wurde völlig verkohlt aufgefunden.

Großfeuer.

Berlin, 2. März. Heute Nachmittag kam auf dem Görlitzer Güterbahnhofe ein großes Feuer zum Ausbruch. In den Kellern des Güterschuppens des Bahnhofes lagen große Posten von Möbeln der Firma Gebrüder Thonet. Als heute Nachmittag Bahnarbeiter auf dem über den Kellern gelegenen Güterboden beschäftigt waren, sahen sie plötzlich Rauch aus dem Kellergeschoß aufsteigen. Wenige Augenblicke später schlugen auch schon helle Flammen auf, sodaß die Arbeiter schleunigst die Flucht ergreifen mußten. Nach angestrengter Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, das Feuer auf den Keller zu beschränken. Der Schaden ist sehr groß, doch ist es der Wehr gelungen, einen Teil der Güter zu retten und die Güterkasse in Sicherheit zu bringen

Erfroren.

Bonn, 2. März. Ein Obdachloser, der in einem hiesigen Neubau nächtigte, wurde heute Morgen erfroren aufgefunden.

Bergarbeiterlos.

Mülheim a. d. Ruhr, 2. März. Auf der Zeche „Humboldt" der Aktien-Gesellschaft Mülheimer Bergwerksverein riß bei der Beförderung von Steinen ein Seil, wobei vier Bergleute mit dem beladenen Wagen in die Tiefe gerissen wurden. Zwei Bergleute wurden getötet, während die zwei anderen in das Essener Krankenhaus gebracht wurden. Einer von diesen ist schon gestorben; für den anderen ist wenig Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens vorhanden.

Eine Militär-Patrouille von der Lawine verschüttet.

Innsbruck, 2. März. Beim hiesigen Korps-Kommando traf heute Mittag die amtliche Meldung ein, daß eine Militär-Patrouille, bestehend aus 6 Offizieren und 25 Kaiserjägern im Suganer Tal von einer Lawine verschüttet worden ist. Unter den Offizieren befand sich auch der Oberst, Freiherr von Lutgendorff. Von Trient und Levico sind zwei Militärzüge mit Mannschaften an die Unglücksstelle zur Hilfeleistung abgegangen. Nähere Nachrichten fehlen noch.

(Letzte Meldung.)

Innsbruck, 3. März. Die verschütteten 8 Offiziere und 25 Mann von den Kaiserjägern sind gestern Abend durch eine militärische Hilfs-Expedition gerettet worden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 3. März.

Die städtische Umlage wird nicht erhöht.

Diese Feststellung ist das erfreuliche Ergebnis der Voranschlagsberatungen, die zurzeit im Karlsruher Stadtrat gepflogen werden. Die Umlage bleibt also bei 32 Pf. Da durch die Erhöhung der Beamtengehälter und Aufbesserung der Arbeiterlöhne im laufenden Jahre größere Anforderungen an den Stadtsäckel gestellt werden, ist die Beharrung der Umlage auf dem vorjährigen Stand zu begrüßen. Um so mehr, als die Zeit der Krise und der schlechten Geschäftsverhältnisse eine abermalige Steigerung der Umlage stark fühlbar machen würde.

Jugendorganisation.

Heute, Mittwoch, abends halb 9 Uhr, hält im „Auerhahn" Gen. Koch einen Vortrag über das Lesen von Schundliteratur und die Wirkung hiervon. — Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Zum Terrorismusfall im „Badischen Beobachter".

(Eine Antwort auf die gestrige Berichtigung.)

Herr Hans Dinger vom „Bad. Beobachter" bringt in der gestrigen Nummer des „Volksfreund" eine „Berichtigung" über den Terrorismusfall vom vergangenen Samstag. Wie wir in unserer ersten diesbezüglichen Notiz schon voraussagten, soll es jetzt die Trägerin G. sein, welche die übrigen 11 Trägerinnen terrorisieren wollte. „Wahr ist, daß die Trägerin G. die übrigen Trägerinnen mit der Agitation für den freien Verband belästigte und ihnen u. a. ein Flugblatt mit Schimpfereien auf den christlichen Verband aufnötigte." So schreibt Herr Dinger. Vor allen Dingen ist einmal wahr, daß die Trägerin G. bis heute noch nicht Mitglied des freien Verbandes ist und daß sie infolgedessen am christlichen Verband soviel Interesse haben kann, wie am freien. Wahr ist, daß Frau G. von christlicher Seite im Geschäft aufgefordert wurde, eine christliche Versammlung zu besuchen, was die Frau aber ablehnte. Völlig unwahr ist es aber, daß Frau G. den andern Trägerinnen vom „Bad. Beobachter" ein Flugblatt mit Schimpfereien auf den christlichen Verband aufnötigte.

Auch ist wahr, daß der Frau G. im Keller gesagt wurde, sie verkaufe ihren Glauben, wenn sie im freien Verband sei, wofür wir Herrn Dinger Zeugen benennen können. Und in dem Gebrüll, das Herr Dinger während dem „Zur Rede stellen" sich leistete, konnte die Frau leicht zu der Meinung kommen, der ominöse „Brief aus dem Leserkreis" beziehe sich auf ihre Verbandszugehörigkeit. Diese „Zuschrift aus unserem Leserkreis, aber nicht vom christlichen Verband", ist dem Verlag des „Bad. Beobachter" jedenfalls recht gelegen gekommen, nur mutet es etwas eigentümlich an, daß ein „Leser" darauf aufmerksam macht, daß im Betriebe des „Bad. Beobachter" Agitation für den freien Transportarbeiterverband getrieben und ein Flugblatt gegen den christlichen Verband verteilt worden sei. Zum Schlusse seiner „Berichtigung" schreibt Herr Dinger: „Der christliche Verband hatte mit der Entlassung gar nichts zu tun." Demgegenüber stellen wir folgendes fest:

Am Sonntag, den 21. Februar, vormittags gegen 10 Uhr, kam in die Wohnung der Frau G. ein Herr und gab an, er sei gekommen, um die Trägerinnen des „Bad. Beobachter" in den christlichen Staats- und Gemeindearbeiterverband aufzunehmen. Eine Anzahl Frauen hätten sich bereits aufnehmen lassen; dann erzählte er von den großartigen Erfolgen und Unterstützungen, welche dieser Verband leiste. Der Mann der Frau G., selbst ein organisierter Arbeiter, kannte die Sache und er forderte den christlichen Herrn auf, schleunigst die Stiege unter die Füße zu nehmen, worauf dieser verschwand. Nachträglich fragte sich der Mann, wo der christliche Agitator wohl die Adressen der Zeitungsträgerinnen vom „Beobachter" herhaben möge und von einer anderen Trägerin erfuhren wir, daß er dort angegeben habe, er hätte die Adressen von Herrn Redakteur Maier.

Selbstverständlich wurde andern Tags und die folgenden Tage unter den Trägerinnen des „Beobachter" über die Agitation und die Verbände gesprochen, wobei Frau G. ihrer Meinung so gut Ausdruck gab, wie die übrigen Trägerinnen, nur daß sie nicht ins gleiche Horn stieß. Am 23. Februar erhielten die Trägerinnen vom „Bad. Beobachter" eine Einladung zu einer christlichen Versammlung ins Kolosseum, wo die zwei Vertreter des freien Verbandes ausgewiesen wurden, sobald man sie erkannt hatte. Diese Ausweisung und die Agitationsweise seitens des christlichen Verbandes wurde vom freien Verband in einem Flugblatt kritisiert und dasselbe am 25. Febr. zur Verteilung gebracht. Im „Beobachter" selbst wurde es durch einen Vertrauensmann des freien Verbandes abgegeben. Frau G. erhielt, wie die anderen Trägerinnen, ein Exemplar desselben und konnte schon deshalb von einer Belästigung oder Aufnötigung durch Frau G. keine Rede sein. Indessen galt sie als diejenige, welche sich hartnäckig weigerte, dem christlichen Verband beizutreten; wenn man den Hund schlagen will, findet sich

immer ein Stecken. Das fühlte die Frau schon vorher, deshalb getraute sie sich auch nicht, dem freien Verband beizutreten und es sind noch mehr Trägerinnen im „Bad. Beobachter", welche ihre Pappenheimer kennen.

Am besagten Samstag stellte also Herr Dinger die Frau G. „zur Rede", d. h., er brüllte sie an, und der unvermeidliche Schluß ist der, daß Frau G. ihre Kündigung nimmt. Nun stellt sich Herr Dinger hin und behauptet, wir haben die Frau nicht entlassen, sie ist von selbst gegangen. Letzteres ist richtig, es beweist aber auch, daß die Frau noch Ehrgefühl und Charakter hat.

Da nun der unterzeichneten Verbandsleitung, welcher die Sache berichtet wurde, und auch dem Manne der Trägerin daran lag, Aufklärung in der Angelegenheit zu schaffen, begaben sich am Sonntag Mittag der letztere und der Gauleiter des Verbandes in die Wohnung des Herrn Dinger, Wielandtstraße 16 IV, und verlangten zu wissen, was für schimpfende Ausdrücke und über wen solche von seiten des Mannes oder der Frau G. gefallen sein sollen. Herr Dinger erklärte, daß Frau G. im Keller über einen Herrn vom christlichen Verband geschimpft habe. Aufgefordert, den Namen des betreffenden christlichen Herrn zu nennen, äußerte Dinger, denselben nicht zu kennen, gab aber später zu, daß er ihn kenne, doch halte er es nicht für nötig, ihn zu nennen. Das gleiche Manöver vollzog Herr Dinger mit dem Schreiber des Briefes, und wir müssen die Echtheit des Briefes solange bezweifeln, als ihn nicht der „Bad. Beobachter" zum Abdruck bringt, um damit seinen Lesern zu beweisen, wie die „Roten" im eigenen schwarzen Lager hausen. Schon bei dieser Aussprache wurde dem Herrn Dinger gesagt, daß das Vorgehen gegen die Zeitungsträgerin Terrorismus schlimmster Art sei, worauf Herr Dinger erwiderte, daß man dies „Schlagwort" auch auf die Trägerin selbst anwenden könne. Herr Dinger mag sich drehen und wenden, wie er will, die Tatsachen wird er nicht aus der Welt schaffen können.

Die Geschäftsleitung des D. Transportarbeiterverbandes:
Joh. Reinmüller.

Alte und neue Beziehungen der Geschlechter.

Am letzten Freitag hielt im Eintrachtssaale der bekannte Ethiker Prof. Dr. Förster aus Zürich einen Vortrag über: „Alte und neue Anschauungen über die Beziehungen der Geschlechter". Nietzsche habe unserem Zeitalter den Vorwurf gemacht, daß es die religiösen Dogmen beseitigt, aber die alte Moral beibehalte. Es gebe sogar noch viele Freidenker, die nach dieser alten Moral leben, obwohl die Grundlagen derselben zusammengebrochen seien. Nietzsche wollte deshalb eine neue Ethik gründen; er wollte alles vor den Richterstuhl abstrakter Kritik fordern. Auch auf dem Gebiete der Beziehungen der Geschlechter habe eine neue Anschauung platzgegriffen. In der Bewegung führen besonders die Frauen das Hauptwort. Redner behandelte dann die Anschauungen von Ellen Key, die das Prinzip der Lebenssteigerung vertrete, die auch die monogamische Ehe verurteile, weil sie zur Verneinung der Glückmöglichkeiten führe. Die Reformer bedenken nicht, welche Konsequenzen aus ihren Anschauungen entstehen können. Zucht- und Willenskultur ist das Fundament aller erotischen Kultur. Wenn wir den Willen des Menschen pflegen und stärken, ist nicht viel sexuelle Aufklärung notwendig. Die Bestrebungen des Mutterschutzes seien zu begrüßen, doch müsse man hier das Berechtigte vom Unberechtigten scheiden. Eheliche und uneheliche Mutterschaft seien durchaus nicht gleich zu achten. Einen Fehltritt dürfe man nicht so leicht entschuldigen. Bei unehelichen Müttern müsse durch ernste Vorstellungen das Schuldbewußtsein gefördert werden. Auch die unehelichen Kinder könnten den ehelichen nicht gleichgestellt werden. Das müsse die Frauen dazu bringen, die Sitte zu wahren. Der Vortrag, der außerordentlich stark besucht war, fand starken Beifall.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

Da das Gericht wie Anfang Januar, so auch im Februar einige Sitzungen ausfallen lassen mußte, hat sich das Spruchmaterial wieder so angesammelt, daß in letzter Woche drei Sitzungen stattfinden mußten. Es ist natürlich nicht möglich, über die 42 Verhandlungensgegenstände vollständig zu berichten. Herausgegriffen seien daher nur die bemerkenswerteren Fälle.

Vor nunmehr 10 Jahren wurde dem Landwirt Sch. die linke Kniescheibe zerschmettert und der Unterschenkel dicht unter dem Knie gebrochen. Er erhielt erst 60, dann 40 und bis jetzt 25 Prozent. Im Februar 1907 brach Sch. den rechten Unterschenkel, wofür er 33⅓ Prozent bekommt. Herr M.-Rat Dr. Gutsch, der den Verletzten vor 10 Jahren behandelte, ist sehr erstaunt, wie sich das verletzte Bein gebessert hat. Der Bruch der Kniescheibe war sehr schlecht geheilt, Dr. Gutsch hatte dem Verletzten damals den Rat gegeben, sich operieren zu lassen, was der Verletzte nicht tat. Er trug aber einen Stützapparat, wodurch das Bein steif wurde. Im Laufe der Zeit hat sich die Steifheit gehoben und Sch. kann fast alle landwirtschaftlichen Arbeiten verrichten. Dr. Gutsch bewertet beide Unfälle mit 50 Prozent auf Lebensdauer, da eine wesentliche Besserung an dem zweiten Unfall bei dem Alter des Mannes — 60 Jahren — kaum eintreten könne. Der Antrag der B.-Gen. auf Einstellung der 25 Proz. wurde daher vom Gericht abgewiesen.

Der Maschinenarbeiter K. K. verletzte sich am 21. Februar 1900 das linke Auge so, daß es entfernt werden mußte. Er erhielt erst 33⅓, vom Oktober 1902 wegen eingetretener Gewöhnung nur noch 25 Prozent, im Januar 1903 wieder 33⅓ Proz. Im November v. J. hatten die Aerzte Dr. Ellinger und Dr. Katz den K. untersucht und gefunden, daß Gewöhnung eingetreten sei. Daraufhin stellte die B.-Gen. den Antrag, die Rente einzustellen. Das Schiedsgericht wies den Antrag zurück mit der Begründung, daß **in solchem Falle von Angewöhnung nicht gesprochen werden könne.**

Der 36 Jahre alte M. F. erlitt in der Waggonfabrik Rastatt einen Unfall dadurch, daß er einen elektrischen Schlag bekam, wodurch er sich eine schwere Nervenkrankheit zuzog. Die B.-Gen. lehnte zuerst ab, eine Rente zu zahlen, wurde aber dann zu 85 Prozent verurteilt. Nach Beobachtung im Krankenhause durch Prof. Stark, der eine Besserung konstatierte, bekam W. noch 50 Prozent. Der Verletzte bestreitet, daß Besserung eingetreten sei, er leide nach wie vor an schweren Nervenanfällen. Er sei jetzt wieder acht Tage in der Nervenklinik in Freiburg gewesen. Mit solchem Leiden behaftet, bekomme er keine Arbeit. Das Schiedsgericht sprach dem Verletzten bis auf weiteres 66⅔ Prozent zu.

Der 67 Jahre alte Maurer K. zog sich am 10. Juni 1908 durch Sturz vom Gerüst Quetschungen des Kopfes, der Brust und des Knies zu. Am Kopf und am Knie blieben je eine Narbe zurück. Der Verletzte erhielt 50 Prozent Rente, die aber im September v. J. auf 20 Prozent herabgesetzt wurde. Hiergegen legt K. Berufung ein und beansprucht die Vollrente, da er ganz arbeitsunfähig sei. Sowohl der Arzt, der ihn früher untersuchte, als auch der Sachverständige des Schiedsgerichts bekunden übereinstimmend, daß die Erscheinungen auf das Alter und nicht auf den Unfall zurückzuführen seien. M.-Rat Dr. Gutsch hält 50 Prozent über den Winter für ausreichend, dann 20 Prozent. In diesem Sinne kam ein Vergleich mit der B.-Gen. zustande; sie zahlt 50 Prozent bis 1. Mai, dann 20 Prozent.

Mit der Berufung abgewiesen wurden die Arbeiter Pf. und Sch. Ersterer hat im Betrieb der Firma Stolzenberg in Oos die Kuppe des rechten Daumens verloren. Pf. bekam 10 Proz., die aber nach einem Gutachten des Herrn Dr. Pertz wegen völliger Erwerbsfähigkeit im Januar eingestellt wurden. Auch Sch. war am Daumen verletzt worden, hatte 10 Prozent Rente bekommen, die aber ebenfalls im Januar eingestellt wurde.

Der 35 Jahre alte M. E. wurde am 7. April in einem Dampfsägewerk von einem Stamm getroffen und brach den rechten Ober- und Unterschenkel, daß der Fuß amputiert werden mußte. Er bekam 80 Prozent Rente, beansprucht aber die Vollrente, da er noch nicht arbeiten könne, sich auch noch nicht an das künstliche Bein gewöhnt habe. Herr M.-Rat Dr. Gutsch erklärte, daß der Stumpf sehr gut geheilt sei und keinerlei Entzündungen mehr beständen. Er halte 80 Prozent über den Winter für ausreichend, dann 66⅔ Prozent. Ein amputiertes Bein werde nie höher als mit 50 Prozent bewertet. Das Schiedsgericht wies die Berufung ab.

Der 21 Jahre alte H. R. erlitt in einem Sägewerk eine Verletzung der rechten Hand. Der Zeigefinger zeigte eine schwere Entzündung und ist steif geblieben. Die B.-Gen. gewährte ihm 25 Prozent, 1907 wurde die Rente auf 10 Prozent herabgesetzt, am 5. März 1908 wieder auf 20 Prozent erhöht, am 7. Januar ds. Js. wieder auf 10 Prozent herabgesetzt. Dagegen legte der Verletzte Berufung ein. Das Gericht sprach ihm 20 Prozent zu bis auf weiteres.

Auch im nächsten Falle wurde die Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft zur Zahlung verurteilt. Im Sägewerk Bühl hat der Arbeiter F. N. am 14. Januar 1908 durch Sturz von einem Lagerschuppen eine Verstauchung der Finger der linken Hand erlitten. Dafür erhielt er 20 Prozent Rente, die am 4. Februar 1909 auf 1. März eingestellt wurde. M.-Rat Gutsch fand noch eine Verdickung der Fingergelenke und schätzte die Erwerbsunfähigkeit noch auf 10 Prozent. Das Schiedsgericht schloß sich dem in seinem Urteile an.

Fleischpreise
vom 1. bis 15. März.

nach Angabe der Metzgerinnung:

Ochsenfleisch	per Pfund	80—84 Pf.
Rindfleisch	„ „	76—80 „
Kuhfleisch	„ „	50—60 „
Kalbfleisch	„ „	86—90 „
Schweinefleisch mit Schwart u. Beilage	„ „	80 „
Schweinebraten u. Kotelett mit Beilage	„ „	90 „
Hammelfleisch	„ „	70—90 „

Colosseum.

Das neue Programm wird eingeleitet durch Charles Clark, Drahtkabel-Voltigeur. Dem folgen Jahn und Sohn, die als Hand- und Kopf-Equilibristen und auf freistehender Leiter anerkennenswerte Leistungen ausführen. Tausend und eine Nacht, dargestellt von Miß Diana, bietet uns märchenhaft farbenprächtige Bilder verschiedenster Art. Originell und urwüchsig ist das Blazer-Duo, ein altholländisches Bauerngesangs- und Tanz-Duett, welches man als eine der besten Nummern des Programms bezeichnen darf. Fata morgana ist eine elektrische Fantasie von wunderbarer Farbenwirkung. Hans Girardet, sächsischer Humorist erzielt einen guten Erfolg mit seinen Original-Kuplets. Einen amerikanischen Ulk führen alsdann The Petras in ihrem Original Comic Juggling Act vor. Die Elite-Reifenkünstler Mettros sind originell und interessant. Die sämtlichen Nummern des Programms wurden lebhaft applaudiert. Den Schluß bildete der Kinematograph, der wieder neue Bilder vorführte.

* **Residenz-Theater.** Die am letzten Sonntag von Herrn Hofphotograph Hans Hildenbrand aus Stuttgart zur Vorführung gelangten künstlerischen Farbenphotographien riefen überall allgemeine Bewunderung hervor. Die Bilder zeichnen sich nicht nur durch ihre Klarheit und Ruhe, sondern hauptsächlich auch durch ihre prachtvolle Farbenharmonie aus. Es kann ruhig behauptet werden, daß man farbige Photographien in einer derartigen künstlerischen Vollkommenheit äußerst selten zu sehen bekommt. Auch der zum Schluß gezeigte dramatische Film: „Im Schnee verloren" wurde sehr beifällig aufgenommen.

* **Der Schwarzwald-Verein** hat jüngst seinen Jahresbericht herausgegeben. Die Zahl der Mitglieder betrug im Jahre 1908 1415. Die Zuwendung des verstorbenen Grafen Rhena im Betrage von 5000 Mk. wird zur Herstellung einer Weganlage Verwendung finden. Der Verein hat eine Anzahl Wegverbesserungen in den seinem Ausdehnungsgebiet unterstellten Wäldern vornehmen lassen, ebenso sind neue Wegbezeichnungen und Wegweiser errichtet worden. Der Sektion Achern bewilligte man 1500 Mk. für den neuen Turm mit Schutzhütte auf der Hornisgrinde. Von den Schwarzwaldkarten stehen nunmehr 11 Blätter zur Verfügung. Die Auskunftsstelle des Vereins befindet sich nach wie vor bei Herrn Hofuhrmacher F. Pecher, Kaiserstr. 78. Dortselbst werden Karten ausgeliehen und Reisebücher an die Mitglieder abgegeben. Der Jahresbeitrag ist 5 Mk. Die nächste Mitgliederversammlung, die am 4. ds. im kleinen Festhallesaal stattfindet, beschäftigt sich u. a. mit der Beratung der im Jahre 1909 vorzunehmenden Arbeiten.

* **Wurst- und Fleischdiebstahl.** Festgenommen wurde ein 29 Jahre alter lediger Metzger aus Zaisenhausen, weil er seinen Arbeitgeber fortgesetzt in größerem Maßstabe bestohlen hat. Bei der Durchsuchung kamen 50 Salamiwürste und Schinken im Gesamtwert von 94 Mk. zum Vorschein, die beschlagnahmt und dem Bestohlenen wieder zurückerstattet wurden.

Telegramme.

Aufhebung der lex Trimborn.

Berlin, 2. März. Dem Bundesrat wird in nächster Zeit ein Gesetzentwurf zugehen, durch welchen § 15 des Zolltarifgesetzes, die sogen. lex Trimborn, die gewisse Einkünfte aus den Nahrungsmittelzöllen für die zukünftige Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter reserviert, aufgehoben werden soll. Es sollen statt dessen feste Reichszuschüsse von etwa 45 bis 50 Millionen jährlich für die Zwecke der Witwen- und Waisenversicherung in den Etat gestellt werden.

Der Kampf um die Nachlaßsteuer.

Berlin, 2. März. Die Kompromißanträge bestimmen: Die Bundesstaaten entrichten an das Reich eine Abgabe, die durch Besitzsteuern aufzubringen ist, bis 1914 jährlich 100 Millionen. Die auf die einzelnen Bundesstaaten fallenden Beträge dürfen nur durch allgemeine Steuern auf Einkommen, Vermögen oder Erbschaften aufgebracht werden. Einkommen bis 3000 Mark und Vermögen bis 20000 Mark bleiben frei.

Privat-Telegramme.

Protest gegen den geplanten Kieler Wahlrechtsraub.

Kiel, 3. März. In fünfstündiger Sitzung beschäftigten sich gestern die städtischen Kollegien mit dem Antrage auf Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts in Kiel. Es wurde beschlossen, eine Deputation aus vier Mitgliedern der städtischen Kollegien an den Minister des Innern zu senden, um mit ihm zu verhandeln, ob auf einer anderen Grundlage eine Aenderung der Wahlverfassung zu erreichen sei. Die Sozialdemokraten stimmten für die Vertagung, um Zeit für die Agitation zu gewinnen. Sie veranstalten heute Abend 3 große Protestversammlungen.

Auch die Mittelständler sind — und das ist bezeichnend — Gegner des Dreiklassenwahlrechts, weil sie zwischen den Besitzlosen (3. Klasse) und den Besitzenden (1. Klasse) zerrieben werden.

Eine neue Branntweinsteuervorlage.

Berlin, 3. März. Eine neue Branntweinsteuervorlage ist ausgearbeitet worden. Die Maischbrausteuer ist ganz beseitigt. Die Brennsteuer wird erhöht und ein Brennrecht geschaffen. Der Effekt ist eine ziemliche Preiserhöhung und eine Stärkung des Syndikatsgedankens.

Briefkasten der Redaktion.

K. L. Es war uns noch nicht möglich, die Einsendung zu prüfen. Sie erhalten in den nächsten Tagen Bescheid.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Verband der Maler.) Die auf heute Abend fallende Vertrauensmännersitzung findet nicht statt. 1113

Für die Stadtteile Mühlburg u. Südstadt

sind die Trägerbezirke wegen Vermehrung des Abonnentenstandes unseres Blattes neu eingeteilt worden. Bei eventuellen Störungen in der Zustellung des „Volksfreund" bitten wir unsere Abonnenten um alsbaldige telephonische oder schriftliche Mitteilung. Expedition des „Volksfreund".

Sunlicht Seife

verwenden alle Frauen, denen es an der Erhaltung ihrer Aussteuer gelegen ist! Die Milde und Reinigungskraft dieser Seife ist unübertroffen, denn sie ist reine Seife und nur diese bietet Garantie gegen die vorzeitige Abnützung der Wäsche! Chemische Waschmittel zweifelhafter Art sind daher zu vermeiden!

Eine Wohltat

für jeden, der angestrengt arbeitet, ist ein gesundes Hausgetränk. Kathreiners Malzkaffee ist bekömmlich, von würzig kräftigem Wohlgeschmack und kostet wenig.

Ein 10 Pfg.-Paket reicht für etwa 20 Tassen! Nur echt in geschlossenen Paketen mit Bild des Pfarrer Kneipp.

Für Konfirmation und Kommunion.

Schwarze Kleiderstoffe.

Schwarze reinwoll. Cheviots in sehr dauerhaften Geweben, 90—110 cm br., Mtr. 150, 125 u. 88 Pf.
Schwarze reinwoll. Crêpes, glatt und gemustert, doppeltbreit Meter 165, 115 u. 95 Pf.
Schwarze reinwoll. Satins, 110 cm breit, hervorragende schwere Qualitäten Mtr. 2.95, 2.45 u. **1.80**
Schwarze reinwoll. Wipcord, doppeltbreit, sehr solide im Tragen Meter **1.90**
Schwarze reinwoll. Diagonal-Satins, doppeltbreit Meter **1.50**
NEUHEIT! Schwarze Grenadines, doppeltbr., in den schönsten Ausführungen, Mtr. 2.25 bis **1.30**

Weiße Kleiderstoffe.

Weiße Kleiderstoffe mit kleinen Jacquardeffekten Meter **54** Pf.
Weiße Wollbatiste, doppeltbr., reine Wolle, **98** Pf.
Weiße Cachemires, doppeltbreit, reine Wolle Meter 2.00, 1.55 u. **1.30**
Crême Cheviot, 90—110 cm breit, reine Wolle Meter 1.75, **1.25**
Crême Wollbatist mit Seidenstreifen, doppeltbreit Meter 1.75, 1.60, **1.45**
Crême Kleider-Alpacca, ca. 100 cm breit, hochglänzend Meter **1.80**

Seidenstoffe. 1102

Schwarze reinseid. Merveilleux, schönglänzende Qualitäten Meter 2.45, 1.90 u. **1.45**
Schwarze reinseid. Damassées, Mtr. 2.75, 2.45, **1.75**
Schwarze reinseidene Taffete, weiche Qualitäten Meter 1.95, 1.65, **1.25**
Weiße reinseid. Messalines, glanzreiche Ware Meter **1.45**
Weiße reinseid. Japons, ca. 60 cm br., Mtr. **1.10**
Neuheit! Weißer Basetin, reine Seide, 50 cm breit, für Blusen und Kleider, vollständig weich und mattglänzend Meter **1.80**

Taschentücher mit Inschrift und Bogen von **15** Pf. an
Spitzentücher mit Inschrift **38** Pf.
Batisttücher mit Spitzen u. Einsätzen **95, 65, 58** Pf.
Servietten mit Spitzen **145, 110, 70** Pf.
Kerzentücher in großer Auswahl.

Schwarze Glacé-Handschuhe **1.65, 1.25, 98, 60** Pf.
Weiße Glacé-Handschuhe **1.25, 98** Pf.
Korsetts 1.45, 1.20, 88 Pf. mit Träger **1.55**

Enorme Auswahl in **Konfirmanden-Wäsche,** als: Hemden, Beinkleider, Stickerei- und Valenciennerröcke.

Konfirmanden- u. Kommunikantenstiefel für Mädchen
Starker Wichsleder-Knopf- und Schnürstiefel Paar **4.95**
Rind-Boxstiefel, schöne halbspitze Formen Paar **5.95**
Box-Calf- und Chevreauxstiefel, alle Formen Paar **7.95, 6.95**

Konfirmanden- u. Kommunikantenstiefel für Knaben
Wichsleder, sehr haltbar Paar **6.65, 4.95**
Box-Calfstiefel, alle Formen Paar **8.90, 7.95**
Prima-Box-Calf- und Chevreauxstiefel Paar **10.50** und **9.75**

Ein Posten **Ia. Schnür- und Knopfstiefel,** sonst bedeutend teurer, Einheitspreis **8.95**

Oberhemd „Fritz", glatter Einsatz, kräftiges Hemdentuch **2.25**
„Paul", gestickter Einsatz, feinfädig Cretonne **2.95**
„Max", Falten-Einsatz, Prima Renforce **3.35**

Manschetten „Basel", 4-fach Paar **35** Pf
„Leipzig", Leinen, 4-fach Paar **55** Pf.
Serviteurs, glatt, gestickt und Falten Stück **75, 60, 50, 40** Pf

Konfirmanden-Krawatten, farbig und schwarz **75, 60, 55, 40** Pf
Neueste Formen in reicher Auswahl.

Konfirmanden-Hüte, modernste Formen in eleganter Ausführung **2.95, 2.45, 1.95, 1.45**

Kragen „Andre", 5 cm hoch m angebog. Ecken Stück **35** Pf., ½ Dutzend **1.90**
„Goethe", Stehumlegeform Stück **45** Pf., ½ Dutzend **2.50**

Knaben-Schirm „Union", B'woll. Gloria mit Naturstock **2.45**

Große Auswahl in Konfirmations- und Kommunions-Geschenkartikeln in Bijouterien
wie: Ringe, Kreuze, Kollier, Broschen, Armbänder, Uhren 2c.

Geschwister Knopf.

Modes.

Tochter achtbarer Eltern, welche das **Putzmachen** gründlich erlernen will, kann sofort oder April eintreten bei

L. Weingand,
Putz- und Modewaren,
Karlsruhe-Mühlburg
1144 Philippstraße 1.

Schaller's
Tee
Karlsruhe i/B
1/4 Pfd à 50, 60, 80, 1.–
Bitte überall verlangen.

Kompl. Aussteuer,

besteh. aus 2 engl. Bettladen, 2 Patentrösten, 2 Polstern, 2 bess. Matratzen, 1 Nachttischchen mit Marmorplatte, 1 Waschkommode mit Marmorplatte u. engl. Toilette, spiegel, 1 Handtuchständer, 2 Stühlen, 1 Chiffonnier, 1 6 säuligen Vertiko mit Spiegel, 1 besserer Diwan, 1 Ausziehtisch, 4 bessere Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 1 Küchenbrett, 2 Hocker, zu dem bill. Preis v. Mk. 515 zu verkaufen. Mit 2 Deckbetten, 4 Kissen Mk. 80 höher. Nach Uebereinkunft Teilzahlung gestattet. 1008

Waldstraße 22, Laden.

Damen- u. Kinderkleider
werden billig angefertigt.
Schützenstr. 62, 3. Stock.

Marktplatz
Carl Schöpf
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Zur

Konfirmation				Kommunion			
Schwarze Kleiderstoffe				**Weisse Kleiderstoffe**			
Crepes, Cheviots, Serges	Mtr. ℳ	0.78	bis 3.50	Batiste, Crepes, Cheviots	Mtr. ℳ	0.90	bis 3.50
Satins, Armures, Diagonals	„ „	0.95	„ 3.75	Satins, Armures, Diagonals	„ „	1.25	„ 4.50
Mohairs Alpaccas Kammgarn	„ „	1.35	„ 4.50	Mohairs Alpaccas Kammgarn	„ „	1.40	„ 4.50
Grenadines, Batiste	„ „	1.25	„ 4.75	Waschstoffe mod. Streif. u. Caros	„ „	0.28	„ 1.50

Farbige und Mode-Kleiderstoffe

solideste Webarten in jeder Preislage, **darunter hervorragende Gelegenheitsposten.**

Anzugstoffe für Knaben in schwarz, dunkelblau und gemustert, solide Qualitäten Meter Mk. **2.25** bis **6.50.**

Täglich Eingang von **Frühjahrsneuheiten** in 1112

Kleiderstoffen und Damen-Konfektion.

Sanften, langanhaltenden Schnitt

garantiert meine Spezialmarke
Hummel-Rasiermesser
In allen Breiten vorrätig! 48
Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäss geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.
Karl Hummel, Werderstr. 13.

Arbeiter! abonniert den Volksfreund.

Kater frühstück 9 Sort. **2¾** Mark: 10 Bratb. 20 Rollmops, 35 Delikatessher., ff. Her. i. Gelee, 1 Rauchaal, Lachs, 1 Fischkochbuch, 20 große M-Vollfettsalzheringe, 25 Goldbücklinge oder im gleichen Wert gr. Fettbücklg. **E. Napp, Nachf., Swinemünde 158.**

Photographen-Apparat nebst Objektiv
wird zu kaufen gesucht.
Zu erfragen bei 1110
Gieseke, Herrenstr. 38.

Eine junge Frau sucht Beschäftigung im Waschen und Putzen anfangs der Woche. Zu erfr. **Luisenstr. 48,** 4. St., Hth.

Zu verkaufen: 1 vollst. Bett, 1 Chiffonnier, 1 Nachttisch, zwei Waschkommode
Werderstr. 80a, 1. Stock.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß wir in **Berghausen** eine Agentur errichtet haben und solche

Herrn **Carl Albert Becker,** E. S. Landwirt in **Berghausen**

übertragen haben.

Karlsruhe, den 1. März 1909.

Die General-Agentur:
Otto Schulze.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige empfehle ich mich zur Annahme von

Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherungen

und bin zu jeder diesbezüglich gewünschten Auskunft gerne bereit.

Berghausen, im März 1909. 1111

Karl Albert Becker, E. S. Landwirt
Agent der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Reparaturen
von
Fahrrädern u. Nähmaschinen
werden prompt und billig ausgeführt bei 44
K. Hartung & E. Rüger
Marienstraße 58.
Sämtliche Ersatzteile und Pneumatiks auf Lager.

Vertreter der
Göricke Westfalen-, Weil-, Victoria- u. Stahl-Fahrradwerke.
Bequ. Zahlungsbedingungen.
Fahrräder von Mk. **85** an
Nähmaschinen von Mk. **75** an

Konfirmandenkleider
werden schön und billigst angefertigt Schützenstr. 62, 3. St.

Frachtbriefe
sind zu haben in d. Exped. d. Bl.

Wilh. Eckert, 10
Uhrmacher, **Marienstr. 20,**
neb. dem **Apollo-Theater**
empfiehlt sein Lager in
Taschen- u. Wanduhren.
Billige **Reparatur-Werkstätte, Trauringe,** 8 u. 14 kar. gestempelt, das Paar b. ℳ 12—27. Brillen u. Zwicker.

Sämtliche
Gewerkschafts- und Partei- Literatur
empfiehlt
Partei-Buchhandlung
Markgrafenstr. 26.

M. Tannenbaum

13 Adlerstraße 13

Während des

Möbel-Räumungs-Verkaufs

Grosse Preisermässigung.

Bettladen	in der Preislage v.	**9**	M. an
Vertikos	" " " "	**25**	" "
Küchenschränke	" " " "	**18**	" "
Kleiderschränke	" " " "	**15**	" "

30 moderne Schlafzimmer

bestehend aus:

2 Bettladen
1 Spiegelschrank
mit Kristallfaçettglas,
1 Waschkommode,
1 Marmorplatte,
1 Toilette,
2 Nachttische
mit Marmor,
2 Stühle,
1 Handtuchständer
Eiche, Satin und Nußbaum

Möbel! Möbel!

von **190** Mk. an.

Teilzahlung ohne Preisaufschlag

zu den **günstigsten Zahlungsbedingungen.** Kein **Käufer** sollte diese **günstige Gelegenheit** außer acht lassen.

Für Brautleute

bietet der Räumungsverkauf ganz besondere Vorteile und empfehle ich als einfache Einrichtungen

2 Zimmer u. Küche Mk. 390

Schlafzimmer bestehend aus:
2 Bettladen
2 Röste
2 Matratzen
2 Polster
1 Kleiderschrank
1 Waschtisch
1 Nachttisch
2 Stühle
1 Handtuchständer
1 Spiegl

Wohnzimmer bestehend aus:
1 Sofa
1 Tisch
6 Rohrstühle
1 Vertikow
1 Spiegel
2 Bilder

Küche best. aus:
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
2 Küchenstühle
1 Küchenschaft

Trotz der enorm billigen Kassenpreisen ist

Teilzahlung ohne Preiserhöhung

gestattet.

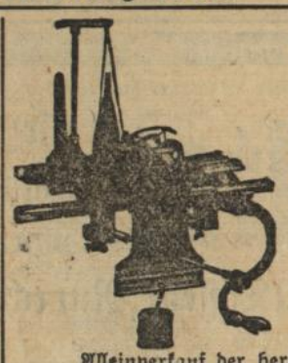
Einzelne Möbel und ganze Einrichtungen werden an Kunden und zahlungsfähige Käufer

ohne Anzahlung

verabfolgt.

M. Tannenbaum

13 Adlerstraße 13.



Der beste Erwerb für **Hausindustrie** ist ihrer viel. Vorteile weg. unsere

Strickmaschine.

Außerordentliche Leistungsfähigkeit, große Nadelersparnis, Vermeidung von Fallmaschen, große Platzersparnis.

Strickunterricht gratis.

Event. liefern wir Garne und nehmen die fertige Ware ab.

Schwinn & Shrfeld,
Karlsruhe, Telefon Nr. 102.
Kaiserstraße 99

Alleinverkauf der berühmten Strickmaschinen-Fabrik **E. Dubied, Couvet (Schweiz).** 82

Fahrradhaus „Frisch auf", Berlin,

Verkaufsstelle Karlsruhe:
Markgrafenstr. 44 (Inhaber **Stoll und Sitt**),
Eigentum des Arbeiter-Radfahrbundes „Solidarität",
empfiehlt den werten Bundesmitgliedern, Gewerkschafts- und Parteigenossen seine bestrenommierten

„Frisch auf"-Fahrräder

Laufdecken, Schläuche, Sweaters, Laternen, Glocken, sowie sämtliche Fahrradbestandteile.

Auswahl in Ia. Nähmaschinen.

Besteingerichtete Reparaturwerkstätte für Fahrräder und Nähmaschinen aller Systeme.

Ia. Carbid, das kg zu 35 Pfg., ist außerdem zu haben in folgenden Verkaufsstellen: 173

Restauration **Rutschmann,** Kaiserstr. 13, Restauration **„Eiche",** Augartenstr. 60, Schuhmachermeister **Müller,** Mühlburg, Geibelstraße 4 p., **Stadtteil Rintheim: J. Oppel** Hauptstraße 1.
NB. Verkauf sämtlicher Artikel auch an Nichtmitglieder.

Kauft nur

das billige und gute

Roggina-Brot

grosser Laib 35 Pfg., kleiner Laib 18 Pfg.

zu haben bei 1107

Ludwig Bohner, Bäckerei
Hardtstraße Nr. 28.

August Bracher, Bäckerei
Geibelstraße Nr. 12.

Feuersicheres Lagerhaus

zum Aufbewahren von Möbeln etc.

Auf

Lagergegenstände Vorschußgewährung.

An- und Verkauf von neuen und gebrauchten **Möbeln,** sowie ganze **Einrichtungen. Günstige Gelegenheitskäufe,** hauptsächlich für **Brautleute.** 1104

Heinrich Karrer, Spedition

Philippstr. 19. Tel. 1659.

Deutscher Metallarbeiterverband

Markgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telephon 2098.

Karlsruhe. Montag den 8. März, abends 8½ Uhr, in der Restauration **Rutschmann,** Kaiserstraße 13, **Lichtbildervortrag für Damen,** über **„das Geschlechtsleben und seine Folgeerscheinungen".** Referent: Herr Schriftsteller Richard Heise aus Berlin. Eintrittskarten à 20 Pfg. sind bei allen Einkassierern, sowie im Geschäftslokal und im Arbeiter-Sekretariat, Kurvenstraße 19, erhältlich. **Nur Damen haben Zutritt.**
1108 **Die Ortsverwaltung.**

Freiburg.

Wollen Sie sich gut und billig kleiden, tragen Sie Ueberzieher von

Jul. Bollerer

Spezialhaus
für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung.

83

Kaiserstrasse 131.

Mitglied des Rabattsparvereins

Niederbühl.

Zum **Austragen des Volksfreund** wird sofort ein **Austräger** oder **Austrägerin gesucht.** Anmeldungen nimmt entgegen **K. Krebs, Rastatt,** oder die Expedition des Volkfreund.

An- und Verkauf

getragener und neuer Kleider, Schuhe, Stiefel, blaue Anzüge Schürze, Blousen, Koffer, Wäsche, Uhren, Ketten u. a. m 543,

Frau Rosa Gut
Brunnenstr. 5
nächst der Markgrafenstr.

Fahrräder!

mit Doppelglockenlager und Garantie
von Mk. 62.— an
Laufdecken v. M. 2.85 an
m. Garantie v. M. 4.15 an
Luftschläuche v. M. 2.25 an
m. Garantie v. M. 3.10 an
Nähmaschinen
Wäschmaschinen
Zubehörteile, Reparatur
enorm billig.
Kataloge gratis, Vertreter gesucht

Fahrradhaus Wiehre

Freiburg i. B.
Schwarzwaldstr. 9 Teleph. 509

Colosseum

Freiburg.

Nur bis inkl. 15. März.

Jolly Velia,

die berühmten französischen Duettisten.

Syr. Daruso,

griechischer Hof- u Kammer-Violin-Virtuose, spielt mit verbundenen Augen und Handschuhen. **Les Marco-Belly,** die **Enthüllungen** der Zauberkunst. **W. Heyden,** Humorist. **Hartmont,** mod Bildhauer. **Ferry,** Jongleur. **Frl. Sorenta,** italienische Sängerin. **Les Senhoes,** Phänomenal-Akt **Kinematograph** in höchster Vollendung.

Kassa 7½, Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf: **Kampe,** Kaiserstraße 89, 1079

Alona Fahrräder
u. Zubehörteile enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. **Fahrradhaus Wiehre Freiburg i. B. E.**

Freiburg. Schuhgeschäft

Empfehle der Stühlinger Einwohnerschaft mein **reichhaltiges Lager in allen Sorten Schuhwaren** zu den billigsten Preisen. **Maaß- und Reparaturwerkstätte.** 80

Billigste Berechnung.

Bapt. Wüst,

Klarastr. 5.
Mitgl. d. Rab.-Sparvereins.